Nummer 14 — Hannover, 2. April 1932 — 41. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M. Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Neue sozialreaktionäre Pläne?

Die Arbeitgeber haben schon vor mehreren Wochen ihre wohlmeinenden Absichten kundgetan, die sich in der Richtung weiteren Lohnabbaues und weiterer Verschlechterungen der übrigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bewegen. Daß sie an den bisherigen Lohnsenkungen immer noch nicht genug haben, wundert uns keineswegs. Wir haben in unserer Zeitung schon so oft darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber für den Lohnabbau eine Grenze nach unten nicht kennen, so wenig sie für den Profit eine obere Grenze anerkennen, und daß daher neue Forderungen auf Lohnabbau und neue Vorstöße gegen das Tarifwesen unausbleiblich seien. Es liegt eben im Wesen des privatkapitalistischen Systems, daß die Unternehmer alle Anstrengungen machen, um möglichst Alleinherrscher in ihren Betrieben zu sein, und das erklärt zur Genüge ihre grundsätzliche und erbitterte Feindschaft gegen alles „Dreinreden" der Gewerkschaften. Die wenigen lobenswerten Ausnahmen von dem Allgemeintypus der Unternehmer bestätigen nur die Regel.

So wird die Arbeiterschaft binnen kurzem aufs neue den Verteidigungskampf zu führen haben. In den allermeisten Industrien, in denen unsere Verbandsmitglieder arbeiten, haben die Arbeitgeberverbände den Angriff schon eröffnet. Aber nicht nur den noch im Betrieb stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen drohen neue Gefahren in bezug auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch den Erwerbslosen scheinen neue unangenehme Überraschungen zu blühen, wenn anders sich die Gerüchte bewahrheiten, die um die Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen schweben. Die Berichte über den Stand der Arbeitslosenversicherung lassen da nämlich manchen Vermutungen Raum.

Der letzte Bericht über die Arbeitslosenversicherung sagt zwar, daß die Ausgaben für das kommende Jahr durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt seien. Desto bedenklicher scheint es aber um die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen zu stehen. Ganz erklärlicherweise steigen die Ausgaben für diese beiden Unterstützungsarten von Tag zu Tag, je mehr die Zahl der Arbeitslosen und Ausgesteuerten steigt. Die ebenso unaufhaltsam steigende Finanznot des Reiches (trotzdem das Reich erst jetzt wieder umfangreiche Subventionen an die großen Schiffahrtsgesellschaften gab) macht es dem Reiche aber auf die Dauer unmöglich, die bisherigen Zuschüsse zu den erwähnten beiden Unterstützungsarten weiter zu leisten. Von den Gemeinden ist noch viel weniger Hilfe zu erwarten, da diese in der Mehrzahl noch erheblich schlimmer daran sind als das Reich. Bleibt als einziger Ausweg, wie kann das auch anders sein, eine radikale Senkung der Ausgaben. In die Sprache der Arbeiterschaft übersetzt heißt das: Senkung der Unterstützungssätze. Wahrscheinlich scheinen manchen Leuten die Sätze in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung immer noch zu hoch zu sein. Es wird jedenfalls gemunkelt, daß die Arbeitslosen- und die Krisenunterstützung nicht höher sein dürfe als die Wohlfahrtsunterstützung. Dabei ließe sich eine Menge Geld sparen. Daß es dann auf andere Weise wieder angewandt werden müßte, weil man die unglücklichen Opfer der Wirtschaftskrise doch nicht ganz verhungern und verkommen lassen kann, ist noch nicht bedacht worden. Ist das erst soweit, daß Arbeitslosen- und Krisenunterstützung auf den Tiefstand der Wohlfahrtsgroschen gesenkt werden, dann braucht nur noch der letzte und geheimste Traum der Unternehmer Wahrheit zu werden: Weg mit allen Tarifen! Den Lohn gesenkt auf die Beträge der Wohlfahrtsunterstützung! Dann hätte der Reichsverband der deutschen Industrie sein Ziel erreicht: die diktatorische Alleinherrschaft auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aber noch sind die Gewerkschaften da. Sie sind auf der Wacht und erheben jetzt schon warnend ihre Stimme gegen jeden nochmaligen Lohnabbau und gegen jede weitere Verschlechterung der Sozialversicherung. Die unterste Grenze ist erreicht. Eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung ist sowohl für die noch im Betriebe stehende Arbeiterschaft als auch für die auf die Unterstützung angewiesenen Arbeitslosen unerträglich. Es ist undenkbar, daß ein Volksteil allein und dauernd alle Lasten trägt. Es ist aber auch undenkbar, daß dieser Volksteil in eine Katastrophe gerät, ohne andere mitzureißen. Und wenn die Sozialversicherung zusammenbrechen sollte, wie es die Unternehmer wünschen, dann muß logischerweise „noch mehr" zusammenbrechen.

Der Produktionsrückgang in der deutschen Industrie.

In manchen Industriezweigen ist die Produktion in Deutschland derart zurückgegangen, daß man um Jahrzehnte in der Statistik nachblättern muß, ehe man die gleiche Produktionsmenge antrifft. Daraus ist die Schrumpfung der Industrieproduktion zu ersehen. Folgende Aufstellung des Konjunkturinstituts über den gegenwärtigen Stand der deutschen Industrieproduktion zeigt die Sachlage:

Branche	Stand Ende 1931 (1913 = 100)	Der gleiche Stand war in der Vorkriegszeit erreicht	Branche	Stand Ende 1931 (1913 = 100)	Der gleiche Stand war in der Vorkriegszeit erreicht
Produktionsgüter	54,7	1897/98	Verbrauchsgüter	83,5	1905/06
Zink	17,5	um 1860	Bier	53,2	1875/76
Roheisen	24,9	1888	Branntwein	67,7	vor 1888
Kalk	40,9	1893/94	Zucker	62,2	1894/95
Blei	54,5	1894/95	Baugewerbe	51,7	vor 1896
Stahl	31,9	1899/1900	Nahrungsmittel	81,1	1898/99
Steinkohle	57,0	1899/1900	Porzellan	61,1	vor 1900
Maschinen	45,3	1903/04	Textilien	81,1	1903/04
Koks	56,5	1905/06	Glaswaren	70,0	1904/05
Kali	55,3	1908	Baumwollgarn	89,7	1906/07
Holzstoff, Zellstoff	99,7	1911/12	Tabak	101,1	1907/08
Braunkohle	142,8	überschreitet den Vorkriegsstand	Pappe, Papier	98,1	1911/12
Kupfer	297,1		Braunkohlenbrik.	141,7	überschreitet den Vorkriegsstand
Elektrizität	429,3		Radio	—	
Kraftwagen	481,8		Kunstseide	—	

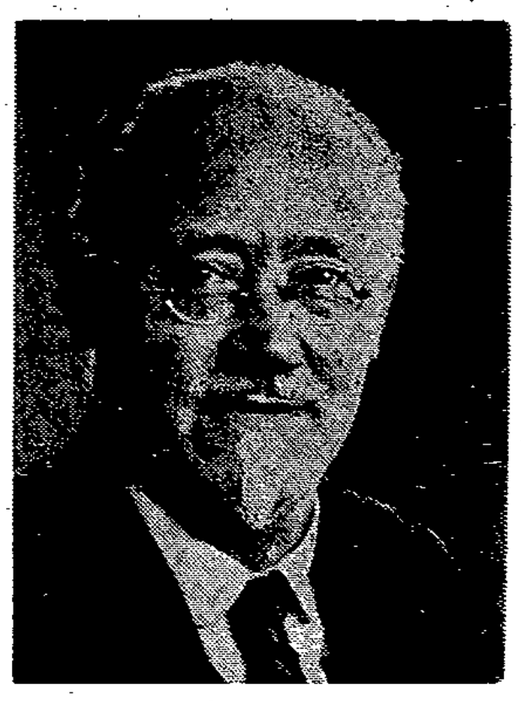
Die Zahlen für die Vorkriegszeit gelten für das ehemalige Reichsgebiet. Die gegenwärtige Produktion an Zink ist geringer als vor 73 Jahren. Vor 36 Jahren wurde genau soviel gebaut wie heute. Selbst die Produktion von Maschinen hinkt um 30 Jahre in der Entwicklung zurück. Nur die neueren Industrien, wie Kunstseide, Braunkohle, Elektrizität, Kraftwagen, übersteigen den Vorkriegsstand.

Vertagung des Krisenkongresses der freien Gewerkschaften.

Infolge der durch die Verordnung der Reichsregierung zur „Sicherung des Osterfriedens" für die Zeit vom 20. März bis 3. April d. J. in Kraft getretenen Ausschaltung aller öffentlichen Kundgebungen könnte der zum 23. März nach Berlin einberufene außerordentliche Gewerkschaftskongreß nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Teilnahme maßgebender Regierungsvertreter abgehalten werden. Da jedoch solche Beschränkungen dem eigentlichen Zweck des außerordentlichen Krisenkongresses der Öffentlichkeit gegenüber in keiner Weise dienen könnten, außerdem auf die Anwesenheit der Regierungsvertreter nicht verzichtet werden kann, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossen, den Kongreß erst Mitte April abzuhalten.

Paul Umbreit †

Wieder hat der Tod einen der Alten, Getreuen, Vielerfahrenen und Reichbewährten aus den Reihen der deutschen Gewerkschaftsführer abberufen. Paul Umbreit starb am 21. März an einem Herzschlag. Er ist nur 63 Jahre alt geworden. Mitten heraus aus emsigem Schaffen wurde er abberufen. Umbreits Hauptaufgabe war es seit 32 Jahren, die zentrale Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung", zu leiten. Bis 1923 erschien sie unter dem Titel „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands". Ein Jahrzehnt lang wurde dieses Blatt von Karl Legien geleitet. Seit dem 16. März 1900 hat Paul Umbreit dieser Zeitschrift seine Arbeitskraft gewidmet. Unzählige Aufsätze, Artikelserien und Notizen sind in diesem Blatt von ihm erschienen. Sie dienten dazu, die große Massenbewegung der Gewerkschaften geistig zu formen und ihnen Richtung und Ziel zu weisen. Ein Artikel Paul Umbreits hatte Inhalt und war immer in leichtverständlicher Sprache und vollendetem Stil abgefaßt. Er beherrschte die Theorie der Gewerkschaftsbewegung wie selten einer. Deshalb wurde er auch auf mehreren Gewerkschaftskongressen mit Referaten betraut. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 sprach er über Arbeitskammern und Arbeiterkammern. Das Problem Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung behandelte er 1911 in Dresden, und der Nürnberger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1919 nahm von Umbreit mit großem Interesse das Referat über die Sozialisierung der Industrie entgegen. Seit 1919 gehörte Umbreit dem Vorstand des ADGB. an. Vielen der älteren Gewerkschaftsfunktionäre



ist er als Lehrer der Gewerkschaftsschule in Erinnerung. Zahlreiche Schriften zeugen davon, daß er die Gewerkschaftsbewegung in jeder Form zu vertiefen und zu verteidigen wußte. Von diesen zahlreichen Schriften nennen wir nur wenige aus der jüngeren Zeit. Großen Eindruck machten: „Sozialpolitische Arbeiterforderungen" und „Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege". Beide erschienen im Jahre 1918. 1915 schrieb er aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Generalkommission eine geschichtliche Übersicht unter dem Titel: „25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915", und 1928 erschien in den Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden eine neue größere historische Arbeit aus seiner Feder: „Die deutschen Gewerkschaften im Kriege". Seitdem der Vorläufige Reichswirtschaftsrat besteht, war Umbreit in dieser Körperschaft tätig. Einen erheblichen Teil seiner Freizeit hat er dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats gewidmet, dessen Vorsitzender er war. Nun wird dieser eifrige und fleißige Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse weder dort im Reichswirtschaftsrat noch im ADGB. sein von Erfolg gekröntes Werk fortsetzen können. Paul Umbreit hatte neben seiner sonstigen Tätigkeit noch eine gewisse Spezialleidenschaft. Er war ein eifriger Sammler von Steinen und ein Kenner der Gesteinskunde. Ein Vortrag von ihm hierüber auf dem letzten Verbandstag der Steinarbeiter zeigte, mit welchem Eifer sich der Verstorbene auch in solche Wissenschaft zu vertiefen vermochte. Nun ist er nicht mehr. Das Andenken an den unvergeßlichen Freund, Führer und Mitkämpfer werden wir immer in Ehren halten, und seine Lebensarbeit wird weit über das Grab hinaus wirken und lebendig bleiben.

Der zweite und dritte Schlag gegen den Faschismus.

Der 10. und 24. April.

Den ersten schweren Schlag erhielt der deutsche Faschismus am 13. März, an dem seine hochgespannten Siegeserwartungen in ein Nichts zerflatterten. Damit ist die faschistische Bewegung aber noch nicht erledigt. Hitler kandidiert wieder, er muß es ja auch, will er nicht von seinen enttäuschten Anhängern davongejagt werden. Er hofft sogar noch auf seinen Sieg, wenngleich er auch schon etwas vorsichtiger geworden ist und statt des ewig wiederholten: „Morgen werden wir siegen" bescheiden hinzusetzt: „oder in zehn Jahren."

Er darf nie an die Macht kommen, dafür muß die deutsche Arbeiterschaft sorgen, einmal am 10. April, dann aber und noch entscheidender am 24. April. Am 10. April muß Hitler ein zweites Mal, und zwar endgültig, klargemacht werden, daß für schnelleingebürgerte Böhmen und Gendarmerieaspiranten kein Platz auf dem Präsidentenstuhl der deutschen Republik ist. Am 24. April finden außer den Wahlen für andere deutsche Landesparlamente auch die für den Preußischen Landtag statt. Es ist unnötig, der in den deutschen freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft zu sagen, wieviel für sie von den Preußenwahlen abhängt. Die organisierte Arbeiterschaft, die eben erst mit so vorbildlicher Disziplin und in voller Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten die sozialistische Parole bei der Reichspräsidentenwahl befolgte, weiß, daß Preußen noch der festeste Wall gegen Reaktion und Faschismus ist, daß die Preußenregierung mit Braun und Severing die treueste Hüterin des republikanischen Gedankens und die zuverlässigste Beschützerin der republikanischen Staatsform ist. Die Macht in Preußen ist der Schlüssel zur Macht im Reich. Gelingt es den Faschisten Hitlers, im Parlament und in der Regierung Preußens einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen, dann ist die Demokratie und der republikanische Gedanke im Reich schwer bedroht. Das muß verhindert werden. Bei den Landtagswahlen in Preußen und in den anderen deutschen Ländern muß eine klare und starke republikanische Mehrheit geschaffen werden. Für die organisierte Arbeiterschaft steht nichts weniger als

In der Zahlstelle

Gräfenroda

wurden im 1. Quartal des Jahres 1932 dem Verbande

33 neue Mitglieder

zugeführt. Es zeigt sich immer wieder, daß unermüdliche Werbearbeit auch in der Krise nicht ohne Erfolg bleibt. Eifert den wackeren Kollegen und Kolleginnen in Gräfenroda nach!

alles auf dem Spiel. Nationalsozialistische Herrschaft in Preußen bedeutet erhöhte nationalsozialistische Gefahr im Reich, bedeutet Sklaverei und Unterdrückung für die Arbeiterschaft, bedeutet Elend und Hunger für immer. Die deutsche Arbeiterschaft würde sich selbst das Grab graben, gäbe sie ihre Stimme am 24. April anderen Kandidaten als denen der Sozialdemokratischen Partei. Am 10. wie am 24. April folgen alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Parole: Gegen den Faschismus! Gegen die Nationalsozialisten! Der 10. April muß eine vernichtende Niederlage Hitlers bringen! Am 24. April muß die deutsche organisierte Arbeiterschaft zeigen, daß sie in Treue zu ihren Führern Braun und Severing hält, und daß sie unerschütterlich zur Demokratie und zur Republik steht!

Lebenshaltungsindex für den Arbeiterhaushalt?

Die erneuten Angriffe der Schwerindustrie auf die Löhne, die nach ihrem Urteil immer noch nicht genug gesenkt wurden, stützen sich auf die im letzten Jahr erreichte Senkung der Lebenshaltungskosten. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt in „Wirtschaft und Statistik", (1. Märzheft die Zahlen über den Stand der Lebenshaltungskosten im Februar 1932 und im Februar 1931. Danach ergibt sich nach einem Jahr eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 11,9 Prozent. Diese Verminderung der Lebenshaltungskosten ist vor allem bedingt durch die Senkung der Ernährungsausgaben, die nach dem Statistischen Reichsamt insgesamt 13,1 Prozent ausmacht. Sieht man näher zu, so stellt sich aber folgendes heraus: Das wichtigste Nahrungsmittel nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der beschäftigten Arbeiter, die auf Kurzarbeit gestellt sind oder erwerbslose Angehörige unterstützen müssen — das sind heute die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten! —, Kartoffeln, kosteten Ende Februar 2,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die beiden anderen wichtigsten Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt, Brot und Mehl, sanken im Preis nur um 1,1 Prozent, die Nährmittel um 4,7 Prozent. Von anderen Lebensmitteln, die im Arbeiterhaushalt eine große Rolle spielen, wurde nur Gemüse erheblich billiger, nämlich um 15,9 Prozent. Daß der Lebenshaltungsindex für Ernährungskosten trotzdem so erheblich sank, liegt an der starken Verbilligung für Fleisch- und Fleischwaren (26,6 Prozent), Eier (26,9 Prozent), Milch-, Milcherzeugnisse und Margarine (16,3 Prozent). Das sind aber die Nahrungsmittel, die im gegenwärtigen dürftigen Arbeiterhaushalt verhältnismäßig eine geringe Rolle spielen, da sie bei den vorhandenen Einkommensverhältnissen den Arbeitern trotz ihrer Verbilligung in größeren Mengen unerschwinglich sind. So mag denn auch ein Lebenshaltungsindex, der sich auf solche Lebensmittelpreise stützt, die im Arbeiterhaushalt eine stets geringere Rolle spielen, für die Lebenshaltung des Mittelstandes maßgebend sein, darf aber nicht benutzt werden, um daraus die Verbilligung auch des Arbeiterhaushaltes oder des Haushaltes der Angestellten in niedrigeren Gehaltsklassen abzuleiten.

Die Fesseln der privaten Zwangswirtschaft.

„Wenn am Niederrhein", so schreibt der ehemalige Oberpräsident von Batocki, „zwei Gärtner, der eine harkt diesseits, der andere jenseits der Grenze, zur Erzeugung von Frühgemüse dieselbe Fläche in der gleichen Art unter Glas bringen wollen und Eisen, Glas, Heizkörper, Brennmaterial, Kunstdünger und sonstigen Bedarf beide von den gleichen deutschen Werken beziehen, hat der deutsche Gärtner dafür ein Drittel mehr als sein holländischer Nachbar zu zahlen. Der Grund dafür liegt im Einfluß der deutschen Kartelle und Syndikate. Aber unsere industriellen Verkaufsvereinigungen begnügen sich nicht mit der Zwangsregelung der Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen ab Werk. . . . Wer im letzten ostpreußischen Kirchdorf mit Steinkohlen handelt, bekommt seine Preisvorschriften von dem zuständigen Syndikat. Das gleiche gilt von sämtlichen Arten des Kunstdüngers, von Zement und Kalk, von Maschinenersatzteilen, von Treibstoffen aller Art usw. Besonders scharf bürokratisiert und reglementiert ist der Handel mit Eisen und Eisenwaren. Die Erlangung der „Zulassung" als Eisenhändler in irgendeinem Provinznest in der Gruppe der ganz Kleinen oder der Kleinen, bzw. in einem größeren Ort in der Rangstufe der Mittelgroßen oder der ganz Großen ist an schärfere Bestimmungen gebunden als die Einstufung in eine der Gehaltsgruppen der staatlichen Bürokratie. Wer aber einmal die Bestallungsurkunde als „zugelassener Eisenhändler" besitzt, hat dann auch die Annehmlichkeit des Bürokraten, daß er sich über Preise und Lieferungsbestimmungen nicht den Kopf zu zerbrechen braucht, sondern alle genau von seinen „Vorgesetzten", den amtlichen Verkaufsstellen der Syndikate, vorgeschrieben bekommt, und daß er durch die strengen Zulassungsbestimmungen im Sinne des Numerus clausus vor einer unbequemen Vermehrung der Konkurrenz geschützt wird. Aber andererseits wirkt die Erstarrung unserer gesamten Wirtschaft, das Hinsterben von Mut und Kraft zu wirtschaftlichen Entschlüssen so verheerend, daß der Versuch zu einer Beseitigung hemmender Bindungen auf dem geschilderten Gebiet, wo er verhältnismäßig leicht durchführbar und aussichtsvoll ist, schleunigst gemacht werden müßte."

Herr von Batocki sieht die Dinge richtig. Wir können die Ansichten dieses rechtsstehenden Mannes über die Fesseln der privaten Zwangswirtschaft restlos unterschreiben. Es ist höchste Zeit, daß sie gelockert werden.

Trotz der Krise ein günstiger Abschluß der Arbeiterbank.

Das Jahr 1931 hat den deutschen Großbanken Verluste von mehr als 700 Millionen Mark gebracht. Daneben war noch der Einsatz gewaltiger öffentlicher Mittel notwendig. Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftstransaktion sondergleichen stand man noch, als die Arbeiterbank ihren Geschäftsbericht der Öffentlichkeit übergab. Dieser Bericht ist das Beispiel einer soliden Geschäftsgebarung, frei von allen spekulativen Momenten, die man als Grundsatz bei allen Bankinstituten gewünscht hätte. Die Arbeiterbank ist von Abzügen von Auslandsguthaben unberührt geblieben. Natürlich vermochte sie eine Schmälerung des Einlagenbestandes nicht zu vermeiden, da die Gewerkschaften und die übrigen Einleger der Arbeiterschaft von der Krise ebenfalls hart betroffen sind. Der Einlagenbestand sank von 168 auf 135 Millionen Mark. Es ist notwendig, einige Sätze aus dem Geschäftsbericht zu zitieren:

„Dank der Politik weitgehender Liquidität, die unser Institut von allem Anfang an betrieben hat, war die Mobilisierung ohne Schwierigkeiten möglich, zumal es in der gleichen Zeit gelang, die Außenstände nicht unwesentlich zu vermindern. Sehr günstig wirkte sich die hohe Liquidität des Institutes an dem kritischen 13. Juli 1931 aus, an dem wir ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Einlegerschaft befriedigen konnten. Diese Tatsache sowie die den Interessen der Kundschaft angepaßte weitherzige Handhabung der Überleitungsvorschriften in den folgenden Wochen hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Kundschaft zu unserem Institut nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu stärken. Es war infolgedessen auch ein vergebliches Bemühen der gewerkschaftsfeindlichen Kreise, in Presseveröffentlichungen und in Versammlungen durch Verbreitung falscher Nachrichten Mißtrauen gegen die Arbeiterbank zu wecken . . . Wir können feststellen, daß im allgemeinen die Abhebungen bei dem Institut lediglich auf echten Geldbedarf, nicht aber auf Vertrauensminderung beruhen."

Naturgemäß war ein Rückgang des Gesamtumsatzes entsprechend den furchtbaren Verhältnissen des verflossenen Jahres nicht zu vermeiden; er beträgt 3,068 Milliarden Mark gegenüber 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930. Die selbständigen Zahlstellen der Bank wurden vermehrt durch Einrichtung von Filialen in Dortmund und Lübeck, zu denen später noch eine in Leipzig trat. Die in der Bilanz ausgewiesenen Bankguthaben verteilen sich mit 74 v. H. auf Banken des Reiches und der Länder, auf sonstige öffentlich-rechtliche Banken und mit 26 v. H. auf Großbanken und erste Privatbanken. Die übrigen flüssigen Mittel, die sofort greifbar sind, sind gegenüber dem Vorjahr um 5,67 Mill. Mark erhöht. Die Liquidität der Arbeiterbank steht also nach wie vor außer Zweifel. Die von ihr erworbenen Wertpapiere zur Anlage der Spargelder usw. sind vorsichtig bewertet. Sie wurden noch weit unter den amtlichen Bilanzkursen eingesetzt. Die Arbeiterbank brauchte keine eigenen Akzepte zur Beschaffung von Auszahlungsgeldern zu begeben, wodurch sie sich vorteilhaft von anderen Institutionen unterscheidet. Die Bank der Gewerkschaften weist nur einen offenen Gewinn von 583 000 Mark aus. Das Gewinnergebnis ist noch wesentlich günstiger, weil die Leitung des Instituts es für zweckmäßig erachtete, erhebliche Rückstellungen vorzunehmen, damit eine noch weitere innere Stärkung eintreten konnte. Eine Dividende wird nicht verteilt, so daß auch der offene Reingewinn zur Stärkung des Instituts verwandt wird. Überblickt man die Geschäftsergebnisse der Arbeiterbank, so können die Einleger dieses Instituts auch der nächsten Zukunft mit aller Sicherheit entgegensehen. Die Arbeiterbank hat den schweren Sturm der letzten 10 Monate überstanden und wird auch in Zukunft allen Schwierigkeiten zum Trotz sich günstig zu behaupten vermögen. Das ist eine Leistung, die Anerkennung verdient.

Papier-Industrie

Wer ist der Betrogene?

Der für allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papiererzeugungsindustrie besagt in seinem § 1 einleitend:

„Dieser Vertrag regelt das Arbeitsverhältnis aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie beschäftigt sind."

Die Vertragsparteien wollten, daß sämtliche gewerblichen Arbeitnehmer, mit Ausnahme der technischen Angestellten, unter den Tarifvertrag fallen, und der Reichsarbeitsminister hat diesen Vertragsparteiwillen durch die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung sankfioniert.

Tarifwidriger Lohndruck.

Zu der Gesamtarbeiterschaft der Papiererzeugungsindustrie gehören auch für jeden einzelnen Betrieb die Holzplatzarbeiter und die Holzschäler. An diesen Betriebsstellen glaubte der heute unter holländisch-schweizerischer Finanzkontrolle (Holding für Zellulose und Papierfabriken-AG., St. Moritz) stehende Schöllerkonzern mit dem Lohndruck einsetzen zu können.

Mit Hilfe eines sogenannten Strohmannes wurde in dem Werk Wartha die Holzplatz- und Holzschälerabteilung vom Betriebe abgetrennt und dieser Strohmann als „selbständiger Unternehmer" deklariert. Zweck dieser Übung war, diese Arbeitnehmer aus dem Papiererzeugungstarif herauszudrängen und dem Forstarbeitertarif zu unterstellen, dessen Lohnsätze niedriger waren.

Förster Ernst Rössel.

Dieser Förster war der erste „Strohmann" der Firma. Im November 1931 wurde in einer Klage der Firma gegen diesen Förster festgestellt, daß er vom Schöllerkonzern lt. Vertrag eine Entschädigung von 14 Prozent des Bruttoarbeitslohnes seiner ihm unterstellten Arbeiter von der Firma bezog. Daraus ergibt sich, daß Rössel kein selbständiger Unternehmer, sondern nur eine Art Kolonnenführer war.

Zwei Urteile.

Als die Holzschäler des Schöllerkonzerns seinerzeit klagbar wurden und die Anerkennung des schlesischen Lohntarifvertrages für die Papiererzeugungsindustrie verlangten, wurden sie vom Arbeitsgericht Glatz mit ihrer Klage abgewiesen, da Rössel ein selbständiger Unternehmer sei, der auf eigene Rechnung arbeite und den auf den Unternehmer entfallenden Anteil der sozialen Lasten selbst zu tragen habe.

Dagegen verneinte die Kleine Strafkammer des Landgerichts Glatz in einer Klage des Schöllerkonzerns gegen Rössel dessen Unternehmereigenschaft, da dieser trotz dem abgeschlossenen Vertrage kein selbständiger Unternehmer sei, denn die Direktion des Schöllerkonzerns habe in die Rechte des Angeklagten eingegriffen, Arbeiterkolonnen auseinandergerissen, Entlassungen rückgängig gemacht und ihm auch andere Schwierigkeiten bereitet. Das wesentliche Moment für einen Unternehmer aber sei — so betonte die Kleine Strafkammer in ihrer Urteilsbegründung —, daß er über seine Arbeiter frei verfügen könne und zu bestimmen habe, was und wie gearbeitet werden müsse.

Mit anderen Worten: Die Kleine Strafkammer des Landgerichts Glatz bestätigte dem Schöllerkonzern, daß Rössel nur ein Strohmann war, vorgeschoben, um die Arbeiter um ihren Tariflohn zu prellen.

Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Dem Urteil des Landgerichts Glatz lag eine Betrugsanzeige des Schöllerkonzerns gegen Rössel zugrunde. Rössel hatte, trotz des famosen „Unternehmervertrages", die Beiträge für die Sozialversicherung nicht abgeführt und war deshalb in der Vorinstanz zu 900 Mk. Geldstrafe oder zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In der Berufungsinstanz aber wurde er freigesprochen, weil ihm — wie oben erwähnt — trotz Vertrag die Unternehmereigenschaft fehlte.

Der Schöllerkonzern hat also noch nachträglich seinen Anteil an sozialen Lasten für seinen Strohmann Rössel zu tragen.

Ist der Schöllerkonzern ein Opfer seines Systems?

Er glaubt es. Das bewies eine weitere Klage vor dem Erweiterten Schöffengericht Glatz am 25. März 1931. Angeklagt waren außer dem Förster Rössel ein Forstmann Koch, der Platzmeister der Firma und ein Arbeiter. Der Schöllerkonzern hatte durch die Staatsanwaltschaft Klage wegen Betrugs und Unterschlagung erheben lassen. Vorgeworfen wurde den Beklagten, daß sie die Firma dadurch betrogen haben, daß bei der Berechnung und Ausmessung des geschälten Holzes Schiebungen vorgekommen seien, „wodurch sich die Angeklagten unrechtmäßig bereichert" hätten. Die Firma stützte ihren Verdacht auf den auffallend hohen Satz von etwa 72 Prozent dünner Papierhölzer, für die der höchste Schällohn gezahlt wird, und wobei die Holzschäler wöchentlich bis zu 70 Mk. unter der Herrschaft des „Unternehmers" Rössel verdient hätten.

Der als Sachverständiger vernommene Forstmeister Schulz aus Volpersdorf bezeichnete den Prozentsatz der schwachen Hölzer als auffallend, doch sei dadurch kein Beweis zu erbringen, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein müssen.

Der Staatsanwalt beantragte Freispruch der Angeklagten; das Gericht folgte diesem Antrage.

Das „Tageblatt für Kreis und Stadt Habelschwerdt", ein gutbürgerliches Zeitungsorgan, aber stellt die Frage: Wie die Staatsanwaltschaft unter diesen Umständen überhaupt die Anklage am 30. Mai erheben konnte, denn unter der Arbeiterschaft der Ostdeutschen Zellstoffwerke in Wartha-Frankenberg habe ein wenig erfreuliches Verhältnis bestanden; durch Mißgunst und Neid seien die übelsten Gerüchte entstanden, auf die dann nicht nur die Firma, sondern auch die Staatsanwaltschaft hereinfielen.

Warum stellt die Staatsanwaltschaft keinen Strafantrag gegen den Schöllerkonzern?

Die Angeklagten hoben zur Begründung ihres Wochenverdienstes bis zu 70 Mk. die Woche hervor, daß dieser nur erreicht werden konnte durch eine tägliche Arbeitszeit bis zu zwölf Stunden. Diese Feststellung wurde weder von dem „Unternehmer" Rössel, noch von dem die Anklage vertretenden Konzerndirektor Keil widerlegt, also bestätigt. Damit wird aber zugegeben, daß der Schöllerkonzern mit Wissen gegen die gesetzlichen und tariflichen Arbeiterschutzbestimmungen verstoßen hat, nach denen die produktive tägliche Arbeitszeit höchstens zehn Stunden betragen darf. Unsere Fragestellung ist deshalb vollauf berechtigt.

Schlamperei auf der ganzen Linie!

Wenn es gegen die Löhne und die sozialen Rechte der Arbeiterschaft geht, dann herrscht im Schöllerkonzern Ordnung; sonst aber scheint, wenigstens in Wartha, eine Schlamperei in größerem Ausmaße zu herrschen. So wurde in dem Prozeß gegen Rössel und Genossen vor dem Erweiterten Schöffengericht in Glatz festgestellt, daß 1929 das Warthaer Werk sehr viel „minderwertiges, krummes, stark verästetes und verharztes Holz" erhalten hat, daß „zum großen Teil auch Brennholz" zur Zellstofferzeugung Verwendung fand, ja, daß sich noch nicht einmal hat feststellen lassen, „woher die verschiedenen Hölzer gekommen" sind.

In einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht wegen fristloser Entlassung eines Vorarbeiters in Wartha behauptete die Firma, derselbe habe sich „an Holzschiebungen beteiligt", er habe sich „Unterschleife" zuschulden kommen lassen; er „habe mehrfach das von ihm bei der Abgabe von Brennholz für die Beklagte vereinnahmte Geld nicht in der Buchhaltung abgeliefert" und „er sei zu der Entgegennahme des Geldes nicht befugt gewesen". Vielmehr hätten die Holzabnehmer den Kaufpreis in der Lohnbuchhaltung abführen müssen. Dort hätten sie eine zum Holzempfang ermächtigende Quittung erhalten. Erst gegen Aushändigung der Quittung hätte das Holz von dem Platzmeister . . . . . und dem Kläger den Käufern ausgehändigt werden dürfen.

So die theoretische Begründung der Firma. Und die Wirklichkeit? Hören wir dazu die Begründung des Arbeitsgerichts:

„Es ist aber nicht einwandfrei dargetan, daß der Kläger dieses Geld unterschlagen hat. Er will es seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Platzmeister . . . . ., weitergegeben haben, damit dieser es in der Lohnbuchhaltung abgebe."

Und weiter:

„Der Platzmeister hat bei seiner erneuten eidlichen Vernehmung zugegeben, daß der Kläger mehrfach das von ihm für Brennholz vereinnahmte Geld an ihn abgeliefert hat."

Daß bei solchen Methoden nicht immer einwandfrei gehandelt wird, mag der Firma einleuchten. Aber ist denn der Schöllerkonzern seinen Arbeitern nicht mit dem schlechtesten Beispiel vorangegangen? Hat er in der Lohntariffrage seinen Arbeitern nicht gezeigt, wie man mühelose Gewinne hamstern kann? Und nun soll ausgerechnet das Strohmänner-Unternehmersystem des Schöllerkonzerns eine besonders gute moralische Auswirkung auf die Arbeiterschaft haben? Wer kann, ohne mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht in Konflikt zu geraten, ein deutsches Wort finden, das den Unterschied zwischen Unterschlagung, Betrug usw. auf der einen und den tariswidrigen Lohnabbaumaßnahmen durch das Strohmänner-Unternehmersystem auf der anderen Seite treffend kennzeichnet?

Böswillige Menschen würden sagen: Wie der Herr, so das Gescherr! So weit gehen wir nicht. Aber wir freuen uns — ganz offengestanden —, daß der Schöllerkonzern mit

seinem Strohmänner-Unternehmersystem wiederholt ganz elend Schiffbruch erlitten hat. Wer aber glaubt, daß die Leitung des Schöllerkonzerns aus diesen Vorgängen im sozialen Sinne lernt, der verkennt die Abneigung derselben gegen die moderne Arbeiterbewegung und das Tarifsystem der Gewerkschaften.

G. Stühler.

Abwehrkampf in der schwedischen Papiererzeugungsindustrie.

Nach Mitteilungen des „Wochenblattes für Papierfabrikation" sind die Lohnabbau-Verhandlungen in Schweden gescheitert. Die Unternehmer forderten einen Lohnabbau von 20 Prozent, während die Arbeiter Lohnerhöhungen verlangten.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen haben die Unternehmer die Akkordsätze um 12 Prozent und die Zeitstundenlöhne um 6 Prozent gekürzt.

Daraufhin sind die Arbeitnehmer folgender Betriebe in den Abwehrstreik getreten:

1. Sulfatzellstoffabrik Munksund,
2. Sulfatzellstoffabrik Obbola,
3. Sulfatzellstoffabrik Östrand,
4. Sulfatzellstoffabrik Sandarne,
5. Sulfitzellstoffabrik Iggesund,
6. Sulfitzellstoffabrik Skutskär,
7. Sulfitzellstoffabrik Uddeholm,
8. Sulfitzellstoffabrik Laxa,
9. Sulfitzellstoffabrik Kramfors,
10. Mölnbacka-Trysil-Sulfatzellstoff- und Papierfabrik in Deje,
11. Holzschleiferei Ulfvik.

Die Verhandlungen mit den Papierfabriken sind gleichfalls gescheitert, doch wird zunächst zu den alten Lohnbedingungen noch weitergearbeitet.

Wir bitten, allen Arbeitsangeboten nach den skandinavischen Staaten erst dann näher zu treten, wenn durch unsere Vermittlung festgestellt wurde, daß arbeits- und lohnpolitische Differenzen bei der Arbeitskräfte suchenden Firma nicht bestehen. Auf keinen Fall dürfen Arbeitsangebote nach Schweden angenommen werden.

Die deutsche Papierarbeiterschaft muß trotz Not und Arbeitslosigkeit beweisen, daß sie nicht gewillt ist, ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern in Schweden in den Rücken zu fallen.

Nahrungsmittel-Industrie

Was geht in der deutschen Ölindustrie vor?

In der deutschen Ölindustrie spielen sich gegenwärtig Dinge ab, denen wir unsere vollste Aufmerksamkeit widmen müssen. Aus den Konzernbetrieben der Unielever wird berichtet, daß eine Anzahl Betriebe erheblich eingeschränkt werden sollen. Entlassungen größeren Umfanges sollen vorgenommen werden. Die Betriebsleitungen begründen diese Entlassungen damit, daß sie nicht genügend Devisen haben, um die nötigen Saaten einkaufen zu können. Merkwürdig dabei ist, daß die Entlassungen in erster Linie in den Konzernbetrieben vorgenommen werden. Der Konzern müßte infolge seiner internationalen Verbindung doch viel eher in der Lage sein, Devisenschwierigkeiten überwinden zu können, als die freien Betriebe.

Auf eine Umfrage ist uns aus Orten mit freien Betrieben berichtet, daß Betriebseinschränkungen in letzter Zeit nicht vorgenommen sind. Zum Teil wird auch berichtet, daß Saatmangel nicht vorhanden ist. So berichten z. B. die Orte Heilbronn, Riesa und Magdeburg, daß bei ihnen Produktionseinschränkungen nicht vorgenommen wurden. Das sind alles Orte mit freien Betrieben. In Wittenberge herrscht zwar Saatmangel, aber schon seit langer Zeit. Der Saat- resp. Devisenmangel wird in erster Linie von Konzernbetrieben geltend gemacht. Aber auch in den Konzernbetrieben ist dieses nicht einheitlich.

In Bremen liegen große Saatmengen auf Lager. Die Öltanks sind voll Öl, es wird beschränkt gearbeitet, weil man kein Öl mehr unterbringen kann. Am Niederrhein sollen Arbeiter in erheblichem Umfange entlassen werden, angeblich wegen Saatmangels. Aus einer anderen Quelle wiederum wissen wir, daß am Niederrhein in nächster Zeit die Anfuhr größerer Saaten erwartet wird. Devisen- und Saatmangel dürften also nicht in erster Linie Ursache der Betriebseinschränkungen sein.

Das zeigen auch die Einfuhrzahlen für Saaten. Vergleichen wir die Einfuhrmengen für Ölsaaten und -früchte in den letzten Monaten 1930/1931 und in den letzten Monaten 1931/32, dann stellt sich heraus, daß bis Ende Januar 1932 ein Rückgang bei der Saateinfuhr nicht eingetreten ist. Die Devisenschwierigkeiten bestehen aber bereits seit Juni v. J., sie setzten mit den Bankzusammenbrüchen usw. ein. Außerdem führt gerade die Unielever Saaten auf längere Sicht ein; wenn die Einfuhr stockt, braucht die Verarbeitung noch lange nicht zu gleicher Zeit eingeschränkt zu werden. Da muß also etwas nicht stimmen.

Die wirkliche Ursache liegt anderwärts. Es wird behauptet und vom Konzern nicht bestritten, daß der Konzern große Mengen Öl aus Rußland eingeführt hat. Man redet von 6000 bis 25 000 Tonnen. Mit bestimmten Zahlen kommt die Konzernleitung nicht heraus. Man geht also im Konzern dazu über, ausländisches Öl einzuführen und die Ölindustrie in Deutschland einzuschränken. Das ist wohl nur ein Teil der Ursachen der Betriebseinschränkungen. Dazu kommt, daß durch ein raffiniert ausgebautes Akkord- und Prämiensystem die Leistungen einer Anzahl Konzernbetriebe im letzten halben Jahre riesig gestiegen sind. Nachdem die Prämienzahlung in einigen Betrieben diese Leistungssteigerung vollbracht hat, gehen die Betriebsleitungen dazu über, diese Prämien abzubauen. Daneben sollen Arbeiter in größerem Umfange entlassen werden. Das hat in der Ölarbeiterschaft eine starke Verbitterung ausgelöst.

Wir sind mit den zuständigen Behörden in Verbindung getreten; haben festzustellen versucht, ob die Devisenschwierigkeiten wirklich so groß sind, wie sie dauernd geschildert werden. Behördlicherseits wurde zunächst versichert, daß für die Ölindustrie besondere Devisenschwierigkeiten nicht bestehen. Wir vertreten die Auffassung, daß in erster Linie Ölsaaten nach Deutschland eingeführt und daß das Öl in Deutschland zum eigenen Gebrauch möglichst hier hergestellt werden muß, damit nicht noch mehr Betriebe zum Erliegen kommen. Für dieses Bestreben haben wir bei den Behörden Verständnis gefunden, die gewillt sind, in diesem Sinne zu wirken.

Die Devisenschwierigkeiten sind für den Augenblick zunächst behoben. Trotzdem werden aber in den Konzernbetrieben Entlassungen vorgenommen. Der Konzern hat sich scheinbar mit russischem Öl reichlich eingedeckt. Das Schicksal der deutschen Arbeiter ist der Konzernverwaltung gleichgültig. Sie gibt an, daß man beim Einkauf von Öl seine Devisen restlos für den Öleinkauf ausnutzen könne. Das mag für die Ölindustrie ein Vorteil sein, für die deutsche Wirtschaft im ganzen aber nicht.

Führen wir Öl und keine Ölsaaten ein, dann müssen wir neben dem Öl auch Futterstoffe einführen, da wir nicht soviel Futterstoffe erzeugen, wie gebraucht werden. Es müssen neben den Devisen für Öl auch noch Devisen für Futterstoffe ausgegeben werden. Führen wir aber Ölsaaten ein, dann fallen bei der Ölproduktion auch gleich wichtige Futterstoffe ab. Diese brauchen wir dann weniger einzuführen. Vor allen Dingen aber haben die deutschen Ölarbeiter bei der Ölerzeugung Arbeit. Das muß in erster Linie heute unser Grundsatz sein.

Es ist also zu wünschen, daß es den Behörden gelingt, durchzusetzen, daß nach Deutschland Ölsaaten und nicht Öle eingeführt werden, damit auch die deutschen Ölarbeiter ihre Beschäftigung behalten. Nun hat dies Problem aber auch noch eine andere Seite.

Die Kommunisten oder die RGO.-Leute können in den Betrieben den Mund nicht voll genug nehmen, wenn es gilt, die Errungenschaften der deutschen Gewerkschaften herunterzureißen. Die Einfuhr des russischen Öles ist aber nur dadurch möglich, daß das Öl viel billiger angeboten wird, als es in Deutschland hergestellt werden kann. Die russischen Ölarbeiter müssen unter den elendesten Bedingungen arbeiten, zu denen kein deutscher Ölarbeiter arbeiten würde, damit durch das billige russische Öl gegen die deutschen Ölarbeiter die größte Schmutzkonkurrenz getrieben werden kann.

Der Konzern vertritt schließlich kapitalistische Interessen; ihm ist es gleichgültig, wo er seinen Profit findet. Die Herren Kommunisten aber, die sich in den Betrieben immer so stark fühlen, hätten alle Ursache, dafür zu sorgen, daß in Rußland zunächst die Zustände geschaffen würden, die wir in Deutschland haben. Dann könnte man den deutschen Ölarbeitern diese Schmutzkonkurrenz nicht mehr machen. An unseren Kollegen in den Betrieben wird es liegen, den RGO.-Leuten oder den Kommunisten dieses unter die Nase zu reiben, wenn sie das Mündchen einmal wieder recht voll nehmen wollen. Wollen die deutschen Ölarbeiter ihre Interessen nachdrücklich vertreten, dann gilt es, alle Ölarbeiter dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zuzuführen.

E. Senkfeil.

Wird die Zuckerkonvention gesprengt?

Durch die Tagespresse sind verschiedene Nachrichten verbreitet, wonach die internationale Zuckerkonvention, die kaum ein Jahr bestand, gesprengt worden sei. Diese Nachrichten eilen den Tatsachen etwas voraus. Richtig ist, daß die internationale Zuckervereinigung vor großen Schwierigkeiten steht. Die internationale Zuckerkonvention wurde bekanntlich unter der Leitung des Amerikaners Chadbourne geschaffen. An ihr waren fast alle Hauptzuckerländer beteiligt. Diese umfaßten etwa 50 Prozent der Zuckererzeugung der Welt. Die Vereinbarung kam unter großen Schwierigkeiten zustande.

Der erste Versuch, eine internationale Vereinigung zustande zu bringen, war bereits ein Jahr früher gemacht worden. Damals aber schloß sich Java aus. Nachdem die Weltmarktpreise für Zucker dann weiter zurückgingen, erklärte sich auch Java bereit, dieser internationalen Konvention beizutreten, und sie kam Ende 1930 zustande. Praktisch besteht diese internationale Vereinigung jetzt ein Jahr.

Durch die internationale Konvention wurde die Zuckerausfuhr, namentlich für die Rohrzuckerländer, zunächst eingeschränkt. Die Ausfuhr aus den Rohrzuckerländern aber steigt mit jedem Jahre, während die deutsche Ausfuhr mit jedem Jahre sinkt. Eines der Hauptrohrzuckerländer, Kuba, ist nun mit der ihm zugeteilten Ausfuhr- bzw. Erzeugungsquote nicht zufrieden und strebt eine Erhöhung seiner Quote an.

Der Schöpfer der internationalen Zuckervereinigung, Chadbourne, hat sich bemüht, diese Differenzen durch langwierige Verhandlungen in Kuba beizulegen. Das ist ihm aber nicht gelungen, so daß sich Chadbourne vorläufig aus der Zuckerinternationale zurückgezogen hat. Kuba stellt seine Forderungen an die Internationale weiter auf, die von den übrigen Zuckerländern abgelehnt werden. Allgemein wurde nun angenommen, daß Kuba die internationale Vereinigung sprengen und sich an den Beratungen des Internationalen Zuckerrats nicht mehr beteiligen würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein.

„Die deutsche Zucker-Industrie", die über die Verhältnisse doch sicher genau unterrichtet sein muß, bringt am 19. März 1932 in ihrer Nr. 12 zu diesem Thema eine kurze Betrachtung. An ausschlaggebender Stelle wird da folgendes ausgeführt:

> „Die zur Zeit in Paris stattfindenden Verhandlungen des Internationalen Zuckerrats haben wenigstens den Erfolg gehabt, daß Kuba, trotz allen drohenden Gesten, sich an dieser Tagung durch einen Vertreter beteiligt und damit zu erkennen gegeben hat, daß es die Verantwortung vor einem Bruch des internationalen Abkommens scheut. Wir glauben daher, daß auch heute noch kein Grund vorhanden ist, dem Ausgang mit allzugroßem Pessimismus entgegenzusehen. Man hat zwar von kubanischer Seite versucht, eine Annahme der vom Internationalen Zuckerrat vorgeschlagenen Zahlen von 2 350 000 Tonnen rechnerisch als für die Colonos untragbar hinzustellen, da erst eine Erzeugung von über 3 Millionen Tonnen eine gewisse Rechnung zulasse. Diese Kalkulation übersieht aber, daß ein Absatz für die 700 000 Tonnen Mehrerzeugung nach den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gegeben ist und daß daher auch keinerlei Möglichkeit besteht, diese Mehrerzeugung irgendwie zu aktivieren."

Nach Ansicht des Fachorgans der deutschen Zuckerindustrie ist die Sprengung der internationalen Zuckerkonvention also noch nicht erfolgt. Kuba macht bei den Beratungen in Paris noch mit, wenn es zunächst auch Forderungen stellt, denen die übrigen Zuckerländer nicht zustimmen können. Es muß also abgewartet werden, wie die Tagung dieses Internationalen Zuckerrats verläuft. Welche Auswirkungen würde nun die Sprengung der internationalen Zuckerkonvention für die deutsche Zuckerindustrie haben? Nach unserer Auffassung würde sich das auf die deutsche Zuckererzeugung kaum auswirken.

Die deutsche Zuckererzeugung ist im letzten Jahre um rund 40 Prozent gegenüber dem Vorjahre eingeschränkt. Nach verschiedenen Mitteilungen und Meinungsäußerungen aus der Zuckerindustrie wird für die kommende Kampagne eine weitere Einschränkung geplant. Selbst dann, wenn der deutsche Zuckerverbrauch noch weiter zurückgeht, würde die deutsche Zuckererzeugung in der kommenden Kampagne den deutschen Verbrauch kaum decken. Die deutsche Zuckerindustrie braucht also allzu großes Gewicht auf die Ausfuhr nicht zu legen, denn sie setzt beim Ausfuhrgeschäft nur zu. Aber zunächst ist die internationale Konvention noch nicht gescheitert, da Kuba an den Beratungen noch teilnimmt.

E. Senkfeil.

Frauenfragen.

Die Frauen entscheiden bei den Wahlen!

Aus einer Reihe von Städten, in denen bei der Reichspräsidentenwahl getrennt nach Männern und Frauen abgestimmt wurde, wird bekannt, daß die Frauen in stärkerem Maße Hindenburg wählten als die Männer. In Köln hat Hindenburg 34 778 Frauenstimmen mehr erhalten als Männerstimmen, obwohl die Zahl der abstimmenden Frauen nur um 7157 höher war als die der Männer. 150 892 Frauen und 116 114 Männer stimmten für Hindenburg. In Wiesbaden wurden drei Fünftel (24 000) der für Hindenburg abgegebenen Stimmen von den Frauen aufgebracht und zwei Fünftel (16 000) von den Männern. In Jena stimmten für Hindenburg 11 622 Frauen und 9271 Männer. Ähnlich war das Resultat in einigen anderen Städten. Selbst wenn man voraussetzt, daß wir einen Frauenüberschuß haben und daß demzufolge mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind (bei der letzten Reichstagswahl waren 53 Prozent aller Wahlberechtigten Frauen), so kann den Einzelergebnissen doch entnommen werden, daß die Frauen im allgemeinen mehr für friedliche Entwicklung, Verständigungspolitik, für Demokratie und gegen Gewaltpolitik und Faschismus sich entschieden haben. Die Frauen müssen in Zukunft aber weit stärkere Stützen der Republik und damit der Freiheit des werktätigen Volkes sein. Sie müssen erkennen lernen, daß bei politischen Entscheidungen die Einstellung der Frauen ausschlaggebend ist.

Die sogenannte „Nationale Opposition" kämpft mit großer Heftigkeit gegen das „System". Wenn diese Leute sagen, das „System" muß beseitigt werden, dann meinen sie in erster Linie die Arbeiterrechte, die Tarifverträge, die Sozialversicherung, die irgendwie fortschrittlichen kommunalen Selbstverwaltungen, die Organisationen der modernen Arbeiterbewegung und deren Einrichtungen, überhaupt alles, was sozialpolitisch in der Nachkriegszeit und in der Republik auf- und ausgebaut werden konnte. Diese Reaktionäre bekämpfen die demokratische Verfassung, weil diese den Angehörigen der Arbeiterklasse die Möglichkeit der Mitbestimmung gibt im staatsbürgerlichen Leben. Die Herren der „guten alten Zeit" wollen ihre alten Vorrechte wieder haben. Wer könnte ihnen das nicht nachfühlen? Nach ihrer Ansicht muß es Herren und Knechte geben. Wir aber wehren uns entschieden gegen den Rückschritt und sind im Interesse der breiten Massen für den Fortschritt der Arbeiterschaft und für die kulturelle Entwicklung des Volkes. Wir wollen die politische und soziale Demokratie und eine bessere Wirtschaftsordnung. Die durch die katastrophale, folgenschwere Kriegspolitik und die einseitige, planlose Produktionspolitik der vorherrschenden Klasse für die breiten Massen gezeitigten Verhältnisse lassen sich ganz einfach auf die Dauer nicht ertragen. Der Arbeiterschaft können die Herren der sogenannten „Nationalen Opposition" aber keinerlei Gewähr bieten, daß sie in der Lage wären, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Im Gegenteil! Wir sind überzeugt, daß es der Arbeiterschaft wesentlich schlechter gehen würde.

Das deutlichste Beispiel haben wir ja erlebt, als gleich nach den Reichstagswahlen von 1930 die Gefahr drohte, daß Hitler oder Hugenberg mit der Regierungsbildung beauftragt werden könnte. Das Vertrauen zu Deutschland sank im Nu auf dem Geldmarkt in erheblichem Maße. Riesige Kursverluste traten ein. Ausländisches Kapital in Deutschland wurde gekündigt. Deutsche Kapitalisten verschoben Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland, weil sie es dort sicherer angelegt glaubten. Die Erfolge solch „patriotischer" Unternehmertat bestanden natürlich ebenfalls in Geldverknappung, verschärfte Krise, erhöhter Arbeitslosigkeit und damit größerem Elend für die Massen des Volkes. Bei einem Sieg der Nazis bzw. der „Nationalen Opposition" würde sich das Mißtrauen des Auslandes in kaum glaublichem Maße verschärfen, Deutschlands Währung und Kredit völlig erschüttert werden.

Darunter würde aber wiederum die Frau als Gattin, als Mutter und als Erwerbstätige doppelt und dreifach zu leiden haben. Das Schicksal der Frau ist mit dem Schicksal der Arbeiterklasse eng verbunden. Mit den Arbeiterrechten schwinden auch die Frauenrechte, schwindet vor allen Dingen das Ansehen der Frau als Staatsbürgerin. Das muß den Frauen immer wieder und noch eindringlicher gesagt werden. Und die Frauen müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Sie müssen es unter ihrer Würde halten, solchen Herrenmenschen und Kriegsschürern wie Hitler ihre Stimme zu geben.

Die kommenden Wahlen am 10. und 24. April entscheiden darüber, ob die demokratische Staatsform beibehalten werden soll, oder ob Diktatur herrschen soll. Sie entscheiden, ob in Deutschland Volksrecht oder Herrenrecht bestehen soll. Unter den Wahlberechtigten sind die Frauen in der Mehrheit! Die Stimme der Frau entscheidet! Die Frau hat es in der Hand, den Feinden des Aufstiegs der Arbeiterklasse eine gründliche Lektion zu erteilen, so daß diese wissen, ihr Drittes Reich, in dem die Frau „Magd und Dienerin" sein soll, ist nicht auf zehn Jahre vertagt (womit sich der Heros Hitler nach dem ersten Schlag am 13. März schon abgefunden hat), sondern wird endgültig auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bitterfeld. Die Zahlstelle Bitterfeld veranstaltete im „Bürgergarten" zu Ehren der Kollegen, die 25 Jahre und länger dem Verband die Treue hielten, eine Jubilarfeier. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen. Vom Gauvorstand war Kollege Tolski anwesend. Nach kurzer Begrüßung der Erschienenen durch den Geschäftsführer, Kollegen Krause, wurde der Verbandsfilm „Aufstieg" vorgeführt. Kollege Krause beglückwünschte dann die alten Veteranen und überreichte ihnen im Namen des Verbandes eine Ehrenurkunde und das Buch „40 Jahre Kampf". Kollege Tolski schilderte den Aufstieg des Verbandes und rühmte die Treue der Jubilare. Er erwähnte lobend die Frauen der Jubilare, die den Kollegen in ihrem gewerkschaftlichen Kampfe beigestanden haben. Die jüngeren Kollegen ermahnte Kollege Tolski, die alten zum Vorbild zu nehmen und dem Verband die Treue zu halten. Kollege Pahl dankte im Namen aller Jubilare und gab noch einige Episoden aus dem Gewerkschaftskampfe in der Vorkriegszeit zum besten. Als Jubilare nennen wir die Kollegen: Otto Anton, Richard Baer, Wilhelm Barthel, Fr. Bauermeister, H. Bock, Joh. Britton, Th. Cloos, E. Dieter, H. Dittmann, M. Ebert, Franz Elze, W. Englert, Bernh. Frommhold, H. Gorgas, H. Greye, H. Gülzow, August Hildenbrand, K. Hintersdorf, Franz Höhne, A. Höllein, R. Keller, Franz Kirchhoff, Otto Krüger, H. Küster, A. Lamscha, O. Leine, O. Linke, Fr. Meyer, W. Merker, W. Mosch, Fr. Pahl, Franz Pfeil, O. Pioch, Friedrich Pöz, Karl Pöz, G. Preisigke, Franz Rauchfuß, Ed. Reichel, M. Riedel, A. Richter, Franz Sachse, H. Salomon, E. Schade, P. Schmidt, G. Schnürpel, A. Schurigt, E. Stöhrer, K. Thäle, G. Weigelt, W. Zahn, W. Ziegler, H. Reiners. W. Sch.

Danzig. Am 18. Februar wurde unsere Jahresversammlung abgehalten. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Petrowski. Er schilderte die Wirtschaftskrise, die auch das Zahlstellengebiet Danzig stark in Mitleidenschaft zog. Die nationale Hetze, die in Danzig und in Polen von interessierten Kreisen begünstigt wird, verschärfte die Situation Danzigs noch mehr. Jeder dritte Erwerbsfähige in Danzig ist erwerbslos. Besonders waren es unsere Kollegen in der Ziegelindustrie, die unter den Auswirkungen am meisten zu leiden hatten. Die Ziegeleien legten bereits im Oktober die Öfen still. In der Zuckerindustrie konnte ein Lohnabbau verhindert werden. Die chemische Industrie in Pommerensdorf und Milch, wo im Jahre 1930 noch annähernd 300 Arbeitnehmer beschäftigt waren, beschäftigte im Berichtsjahre nicht mehr als 60 Arbeiter. Die Kristallschleifereien stehen in Kurzarbeit. Einige Betriebsabteilungen der Elementeindustrie „Daimon" sind nach Polen verlegt worden, wo die Arbeitgeber infolge der niedrigeren polnischen Löhne hohe Gewinne einheimsen. Das Eindringen der Nazis und der RGO. in die Betriebsräte ist dank der Festigkeit und Mithilfe unserer Vertrauensleute zum allergrößten Teil verhindert worden. Die Betriebsrätewahlen erbrachten einen neuen Beweis des Vertrauens der Arbeiterschaft zu unserer Organisation. In den uns zustehenden Betrieben wurden 73 Betriebsratsmitglieder gewählt; davon erhielten der Fabrikarbeiterverband 44, die Christlichen 11, andere freie Gewerkschaften 6, die Nazis 1, die RGO. 2 und die Unorganisierten 5 Vertreter. Die Verwaltung führte im Interesse der Mitglieder 16 Klagen, davon zehn mit Erfolg, durch. Die Gesamtsumme der eingeklagten Forderungen betrug 342,10 Gulden. Besonders schwierig war die Arbeit mit der Erwerbslosenfürsorge. Die Erwerbslosenunterstützung wurde gekürzt. Die Industriearbeiter und Handwerker, die in ländlichen Gemeinden wohnen, erhalten die Landarbeiter-Erwerbslosenunterstützung. Den Erwerbslosen wird die Unterstützung nicht in bar gezahlt, sondern 60 Prozent in Naturalien (Weizen, Roggen, Gerste, Fleisch, die 30 Prozent über den Börsenpreis angerechnet werden, so daß der Erwerbslose beim Verkauf der Naturalien 3—4 Gulden wöchentlich verliert) und nur 40 Prozent in bar. Außerdem werden sämtliche Erwerbslose zu vierstündiger Pflichtarbeit herangezogen. Trotz dieser Maßnahmen der Rechtsregierung, gegen die von der Arbeiterschaft nichts unternommen werden konnte, haben die Kollegen auf dem Lande der Organisation die Treue gehalten. Die Ortsverwaltung wurde bis auf einen Kollegen wiedergewählt. Der Mitgliederbestand hat sich nicht wesentlich geändert. Am Schluß des Jahres 1931 waren 708 männliche und 232 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Kassenverhältnisse haben durch die starke Erwerbslosigkeit sehr gelitten. Die Einnahmen betrugen 24 542,35 Gulden; der Hauptkasse sind 1181,73 Gulden überwiesen. Die Erwerbslosenunterstützung betrug 4316,80 Gulden, die Krankenunterstützung 1573,75 Gulden, die Invalidenunterstützung 904,50 Gulden. An sonstigen Unterstützungen wurden 433,54 Gulden ausgezahlt. Das Berichtsjahr hat an unsere Mitglieder und Funktionäre große Anforderungen gestellt. Entschlossenheit und Einmütigkeit werden auch in kommender Zeit dazu beitragen, den Ansturm der Arbeitgeber abzuwehren und für die Mitgliedschaft Verbesserungen zu schaffen. A. P.

Darmstadt. Arbeiterverräter! Wer? „Mercks Echo" nennt sich das für den Betrieb der Firma E. Merck in Darmstadt ab und zu erscheinende Werksblättchen, wie sie ähnlich auch in anderen größeren Betrieben zu finden sind. Aus dem Inhalt dieses Blättchens muß scheinbar auch die kommunistische „Arbeiterzeitung" ihr Material beziehen, denn wir finden dort fast wörtlich folgenden geistigen Erguß:

„Provokation einer FAV.-Funktionärin. Bei der Firma E. Merck ist eine Frau Schneider beschäftigt, die sich schon seit geraumer Zeit einbildet, Herrscherin über Brot und Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen zu sein. Den nichtorganisierten Kolleginnen tritt sie mit folgenden Worten entgegen: „Wenn du nicht in den Verband gehst, wirst du entlassen!" Diese Frau Schneider ist Vertrauensperson des FAV. Die Arbeiterin gab ihr zur Antwort, daß sie nicht gewillt sei, in den FAV. einzutreten, da dieser nicht die Interessen der Arbeiter vertrete. Das rief die „radikale" Arbeiterin Deny auf den Plan, die erklärte: „Wenn du nicht in den Verband gehst, schlage ich dir die Maschine auf den Kopf!" Notgedrungen, um weiteren Schikanen und Denunziationen bei der Betriebsleitung zu entgehen, erklärte die Kollegin ihren Eintritt in den FAV."

Früher waren es die Gelben, die die Gewerkschaftsfunktionäre bei der Firma denunzierten. Heute ist es die RGO., die öffentlich der Firma die nötigen Fingerzeige gibt. Wer sind also die Arbeiterverräter? Ganz zu schweigen davon, daß der Inhalt dieser Zeilen gegen die genannten Kolleginnen von A bis Z erlogen ist, zeigen sie die Feinde, die der Arbeiterschaft in ihrem schweren Ringen auch von dieser Seite entgegenstehen. Der Fabrikarbeiterverband hat es nicht notwendig, mit diesen schmutzigen Mitteln zu kämpfen, denn seine Erfolge beruhen nicht auf nebelhaften Phrasen, sondern auf praktischer Arbeit. Jeder aufständig denkende Arbeiter und jede Arbeiterin wendet sich ab von solcher Kampfesweise der „revolutionären Helden". Trotz aller Demagogie dieser Art Klassenkämpfer kommt die Arbeiterschaft erst recht zum Fabrikarbeiterverband.

Großenhain. Wenn die Reaktion glaubt, gegen die Arbeiterschaft vorstoßen zu können, darf natürlich die Firma Waentig, Wachstuchfabrik, Großraschütz bei Großenhain, nicht fehlen. Die Firma hat sich nie daran gewöhnen können, die Gewerkschaft und damit die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Faktor anzusehen. Allerdings wurde sie in ihrer reaktionären Einstellung bestärkt durch einige „Ancharbeiter", die schon immer bereit waren, ihre Klassengenossen im Betriebe für ein Linsengericht zu verraten. Der ehemalige Oberhäuptling des vor einigen Jahren selig entschlafenen (pfeife gegangenen) gelben Werkvereins war schon immer ein willfähriger Diener für alle derartigen Anschläge der Firma. Jetzt glaubt man, mit Hilfe des Stahlhelms dem verhaßten Verband zu Leibe rücken zu können. Diesen Absichten ist allerdings der freigewerkschaftlich organisierte Betriebsrat hinderlich. In allem Pech, das die Firma bei ihren Maßnahmen hat, kam die Bestimmung der 4. Notverordnung, wonach die Amtsdauer der Betriebsvertretung auf ein Jahr verlängert worden ist. Das paßte der Firma nun gar nicht in den Kram. Also versuchte man es zunächst mit der Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung, angeblich wegen Arbeitsmangels. Die Firma mußte sich belehren lassen, daß diese Kündigung ungesetzlich ist. Also Rücknahme der Kündigung: erste Niederlage. Die zweite Niederlage holte sich die Firma mit ihrem Antrage an das Arbeitsgericht auf Amtsenthebung des Vorsitzenden des Betriebsrates wegen angeblich grober Pflichtverletzung. Dieser Antrag wurde vom Arbeitsgericht abgelehnt. Interessant ist die Begründung des Antrages. Weil der Kollege einer Anzahl gekündigter Arbeitskollegen die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, wonach sie gegen eine Kündigung Einspruch erheben können, erläutert hat, soll er gegen seine Pflichten verstoßen haben. Also machte man ihm die Vertretung der Interessen seiner Kollegen, die ihn ja zu diesem Zwecke gewählt haben, zum Vorwurf. Das Auftreten des Arbeitgebervertreters, Herrn Dr. Höhn, vor dem Arbeitsgericht stach unangenehm von seinem bisherigen Verhalten ab. Wir hatten Herrn Dr. Höhn bisher immer noch als einen korrekten Gegner gekannt. Die Redewendung, die er vor dem Arbeitsgericht gebrauchte: „Das ist der Typ der Gewerkschaftsangestellten", die eine bewußte Verächtlichmachung der Gewerkschaftsvertreter bedeutet, veranlaßt uns für die Zukunft zu einer anderen Einstellung. Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl hat gezeigt, daß auch in Großenhain weder den Nazis noch den Stahlhelmern die Bäume in den Himmel wachsen. Die Enttäuschung über den Ausgang der Wahl ist deshalb groß. An den aufgeklärten Arbeitern im Betriebe wird es liegen, daß die Pleite der Stahlhelmer und Konsorten noch größer wird. Vom Verbande der Fabrikarbeiter werden sie hierbei tatkräftig unterstützt. Zr.

Lübeck. Solidarität in der Margarinefabrik in Segeberg. Nach weiteren technischen Verbesserungen im Betriebe sollten am 2. April 10 Beschäftigte entlassen werden. Durch Verhandlungen konnte erreicht werden, daß die Betriebsleitung sich mit einer weiteren Streckung der Arbeitszeit einverstanden erklären würde, wenn das auch die Arbeiterschaft durch einen Beschluß zu erkennen gäbe. Seit dem 1. Januar 1932 wird in dem Betriebe 40 Stunden wöchentlich gearbeitet. Die Betriebsversammlung war von 85 Personen besucht. Mit 84 Stimmen wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, nur noch 32 Stunden je Woche zu arbeiten. Dadurch wurde die Entlassung von Arbeitskollegen verhindert. Ein schöner Akt von Solidarität; hier hilft der Arbeiter dem Arbeiter, trotzdem der Tagelohn in jedem Haushalt bitter fehlen wird. Seit einiger Zeit versuchen die Kommunisten, in dem Betriebe Fuß zu fassen; man möchte gern eine RGO.-Gruppe gründen. Der gesunde Menschenverstand der Segeberger Margarinearbeiter hat das bislang vorbeigelingen lassen. Einstimmig sind die Mitglieder der Auffassung, daß der Fabrikarbeiterverband die einzige richtige Vertretung ist, und so soll es auch bleiben.

Merseburg. Die freigewerkschaftlichen Funktionäre des Leunawerks waren am 19. März zu ihrer ersten großen Konferenz in diesem Jahre zusammengetreten. Im ersten Teil der Tagesordnung beschäftigte sich die Konferenz mit innerbetrieblichen Verhältnissen; im zweiten Teil wurde zu der staats- und wirtschaftspolitischen Situation in Deutschland Stellung genommen. Zunächst wurde die fruchtlose und gehässige Arbeit der RGO.-Betriebsräte einer heftigen Kritik unterzogen und den freigewerkschaftlichen Kollegen vom Betriebsrat für ihre klare und zielbewußte Arbeit einmütig das Vertrauen ausgesprochen. Anschließend wurden dann die innerbetrieblichen Verhältnisse behandelt. Die Leunadirektion geht neuerdings dazu über, sämtliche übertariflichen Lohnzulagen, wie Akkorde, Leistungszulagen, zusätzlichen Lohn und Produktionsprämien, radikal abzubauen, so daß die große Masse der Leunaarbeiter nichts als den nackten Tariflohn erhält. Wenn man bedenkt, daß erst im Januar dieses Jahres der Tariflohn um 15 Prozent gesenkt wurde, dann bedeutet das eine gewaltige Lohneinbuße, die den Leunaarbeitern zugemutet wird. In einer scharfen Protestentschließung brachten die Funktionäre ihre Auffassung zum Ausdruck. Die Entschließung stellt folgende Forderungen auf: 1. Wiederherstellung der früheren Akkordpreise. 2. Wiederherstellung der früheren Prämiensätze und Leistungszulagen. 3. Die bisherigen Lohnzulagen dürfen nicht gekürzt werden. 4. Für alle infolge der gesetzlichen Feiertage ausfallenden Schichten muß ein Ausgleich gezahlt werden. Im zweiten Teil dieser bedeutungsvollen Konferenz legten die Funktionäre ein prächtiges Bekenntnis zur Eisernen Front, zur Sozialdemokratie und zu den freien Gewerkschaften ab. Nach einem kurzen Vortrag und einer lebhaften Aussprache empfahl der Kollege Fischer unter begeisterstem Beifall sämtlicher Funktionäre eine entsprechende Resolution zur Annahme, die einstimmig erfolgte. Was durch viele Worte, Ermahnungen und Hinweise nicht erreicht werden konnte, das hat die Reaktion mit ihrem faschistischen Ansturm zuwege gebracht. Die Arbeiter sind mobil geworden. Sie haben sich eingereiht in die Eiserne Front. Wir sind stolz auf dieses Bekenntnis einer so bedeutungsvollen Arbeiterschicht in Mitteldeutschland.

Argus.

Neuhaus-Schierschnitz, Kreis Sonneberg. „Ein Existenzsicherer." Echt kommunistisch. Wurde da eines Tages bei den Entlassungen in den hiesigen Siemens-Schuckert-Werken auch ein irrevolutionärer Moskaujünger von dem harten Schicksal der heutigen Zeit betroffen. Er konnte es aber nicht begreifen, daß die Direktion bei den Entlassungen auch vor ihm nicht halt machte. In seiner Angst lief er zum höchsten Vorgesetzten und bettelte, man möge ihn doch behalten, da er in diesem Jahre sein 25jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma begehe. Er erreichte auch hierdurch, daß an seiner Stelle ein anderer Arbeitskollege brotlos wurde. Bei der Erkundigung, die der Vorgesetzte einzog, stellte es sich aber heraus, daß es mit dem Jubiläum nicht stimmte und daß noch einige Jahre an der angegebenen Zahl fehlten. Darob war der Vorgesetzte sehr erbost und bestimmte nun, daß der RGO.-Mann, sonst in großen Tönen gegen Andersdenkende einer der ersten, nun doch das Feld räumen muß. So sehen die Taten der „Existenzsicherer" aus, wenn sie selbst einmal Opfer bringen sollen. Für die anderen Arbeiter ist es nicht schlimm, jahrelang auf dem Pflaster zu liegen, die sind es ja schließlich gewohnt. Und mit solchen Leuten will die KPD. Arbeiterrechte vertreten und dem Unternehmer Respekt vor den Arbeiterorganisationen einflößen.

Abrechnung der Hauptkasse
4. Quartal 1931

Einnahme		M	₰
An Kassenbestand am Schlusse des 3. Quartals 1931			
a) Hauptkasse	983 595,90 M		
b) Zahlstellen	405 944,04 „	1 389 539	94
„ Beiträgen		3 361 184	77
„ Extrabeiträgen		2 902	20
„ Extrabeiträgen der Angestellten		209	63
„ Mehr eingesandt von den Zahlstellen		125 073	61
„ Einzelmitgliedern		1	50
„ Ersatzbüchern und Karten		308	10
„ Protokollen		1 746	44
„ Büchern und Broschüren		4 738	79
„ Bürobedarf		1 974	35
„ „Proletarier"		330	95
„ Kraftwagen		823	67
„ Zinsen		129 789	86
„ zurückgezahlten Unterstützungen		19 813	75
„ zurückgezahlten Beiträgen		3 599	40
„ Zuwendungen der Zahlstellen		21 957	65
„ sonstigen Einnahmen		5 008	37
„ aus dem Vermögensbestand		40 160	—
„ Beiträgen zur Unterstützungskasse		10 104	11
Summe		5 119 267	09

Ausgabe	M	₰
Für Erwerbslosen-Unterstützung:		
a) an Reisende	283	35
b) an Arbeitslose	1 369 197	77
c) an Kranke	253 959	83
„ Invalidenunterstützung	566 072	34
„ Rechtsschutz	11 396	23
„ Gemaßregeltenunterstützung	4 895	90
„ Umzugsunterstützung	6 279	30
„ Notlageunterstützung	2 037	20
„ Sterbegeld	84 248	—
„ Streikunterstützung	12 849	10
„ Anteile der Zahlstellen	1 136 838	86
„ Marken und Stempel	5 212	65
„ Porto, Postscheck- und Bankspesen	5 544	70
„ Vorstands- und Ausschußsitzungen	294	—
„ Revisionen der Hauptkasse und der Zahlstellen	1 072	—
„ Gehälter	91 797	75
„ Versicherungsbeiträge	44 862	04
„ Druck und Papier des „Proletariers"	42 346	96
„ Versandkosten des „Proletariers"	18 660	45
„ Betriebsräte- und Frauen-Zeitungen	1 894	65
„ diverse Drucksachen	29 331	40
„ Versand- und Packmaterial	290	30
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar	8 313	34
„ Büromaschinen und Reparaturen	160	50
„ Buchbinderarbeiten	8 055	40
„ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf	3 609	34
„ Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung	10 624	29
„ Büroeinrichtungen und Bürobedarf	3 435	87
„ Tarifverhandlungen	8 643	96
„ zentrale und lokale Tarifinstanzen	2 060	75
„ Konferenzen	6 929	36
„ Agitation	9 519	75
„ Film	3 671	83
„ Gauverwaltungen	166 000	—
„ Keramischen Bund einschl. Zeitung	120 000	—
„ Arbeiter-Wirtschaftsschulen, Kurse, Bildungsfonds	137	—
„ Schule Bennigsen	19 000	—
„ Beiträgen zum Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund	20 025	—
„ internationale Verpflichtungen	1 856	35
„ Verwaltungen verschiedener Zahlstellen	54 324	07
„ Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt	132 165	26
„ sonstige Ausgaben	50	—
„ Vermögensbestand	37 700	—
„ Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals 1931:		
a) Hauptkasse 338 067,88 M		
b) Zahlstellen 475 552,36 „	813 620	24
Summe	5 119 267	09

Hannover, den 18. März 1932.

Albin Karl, Vorsitzender. Karl Gremmel, Revisor.
Carl Rößler, 1. Kassierer. H. Löbermann, Revisor.
Otto Stawitzki, 2. Kassierer. Fr. Friedrichs, Revisor.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Eberswalde: Erich Delzer, Mitgl.-Nr. 1 016 605; Triptis i. Thür.: Max Heinrich, Mitgl.-Nr. 31 703.

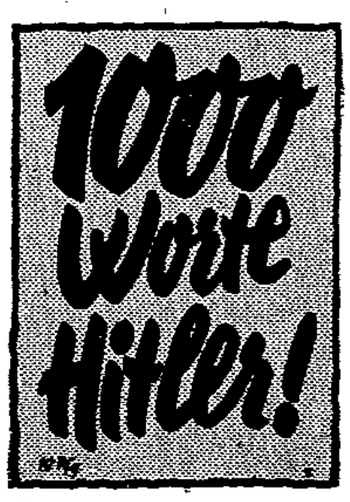
Literarisches.

„Aktenstaub". Von Stadtrat Drechsler. (Aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtdezernenten.) Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis: 2 Mk. broschiert, 2,50 Mk. gebunden. Dieses Buch spricht von der Not der Armen, von dem Jammer der körperlich und geistig Elenden. Es ist ein bitterer Vorwurf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Tausende verhungern und verkommen, die unerhörte Greuel geschehen läßt, riesige Summen für die Folgen der Wohnungsnot und des Hungers aufwenden muß und nicht die paar Mark übrig hat, mit denen die Ursachen beseitigt werden könnten. Mit beißendem Spott und heißem Zorn spricht der Verfasser von der heuchlerischen, verbrecherischen, bürgerlichen Moral, die den Armen schuldig werden läßt und ihn dann dem Strafrichter überantwortet. Dies ist ein furchtbares Buch, aber wenn das Grauen, das einen beim Lesen packt, dazu dient, das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurütteln, dann ist es nicht umsonst geschrieben.

„Der Staat als Unternehmer". Von Dr. Hans Standinger, Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Mit einer Einleitung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Dr. W. Schreiber. Preis: 3,50 Mk., Volksausgabe 1,25 Mk. Verlag: Gersbach & Sohn, Verlag, Berlin W 35. In allen am deutschen Wirtschaftsleben interessierten Kreisen steht die Frage der öffentlichen Wirtschaft, das Problem, ob der Staat, die öffentlichen Verbände selbst wirtschaften sollen oder dürfen, im Mittelpunkte leidenschaftlichster Diskussion. Die einen streiten dem Staat hierzu jedes Recht und jede Fähigkeit ab, die anderen verlangen gebieterisch seinen Eintritt in die Reihe der Produzenten, um preisregulierend und beispielgebend auf die private Wirtschaft einzuwirken. Dieses Problem wird in dem vorliegenden Buche von Dr. Standinger erschöpfend und mit glänzender Sachkenntnis behandelt. Es ist unentbehrlich für jeden, der sich mit der Frage der „öffentlichen Hand" beschäftigen muß.

„Der Nationalsozialismus eine Gefahr für das Berufsbeamtentum". Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1. Preis: 50 Pf. Die außerordentlich reichhaltige Broschüre wird auch den Beamten, die sich von der skrupellosen nationalsozialistischen Propaganda beeinflussen lassen, zum Bewußtsein bringen, daß diese Versprechungen und Verheißungen nichts weiter als eine Fata Morgana sind.

SIE MÜSSEN LESEN:



Die neueste Massenbroschüre, die zum erstenmal Punkt für Punkt das Hitler-„Programm" widerlegt. Sie ist 32 Seiten stark und zum Preise von 10 Pf. in jeder Volksbuchhandlung erhältlich.

Gregor Bienstock: „Volk und Sozialdemokratie". Dietz-Verlag, Berlin. Preis 15 Pf. Ein sachlich wohlfundierter Überblick über die seit 1918 geleistete innen- und außenpolitische Arbeit der Sozialdemokratie. Das Heft stellt eine wertvolle Ergänzung der Kampfliteratur gegen die nationalsozialistische Lügenpropaganda dar.

„Männer — Köpfe — Charaktere". Führer und Redner des republikanischen Deutschlands. Rufer und Kämpfer für Volksrecht, für Freiheit und Frieden. Die Mappe C gilt den Gewerkschaftsführern: Aufhäuser, Graßmann, Jubusch, Leipart, Tarnow. Trotz erstklassiger Ausstattung sind die Bilderkarten erstaunlich billig. Jede Mappe mit fünf Bildern kostet nur 50 Pf. Man kann die Bilder als Postkarten verschicken, doch eignen sie sich auch als Wandschmuck für Büros, Parteilokale, Jugendheime usw. Herausgeber: Republikanische Werbestelle des Fackelreiter-Verlags, Berlin W 15, Bleibtreustraße 33.

„Justiz-Dämmerung" von Eike von Repkow. Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die Schrift ist dem unabhängigen deutschen Richter, dem Staatsanwalt, dem Rechtsanwalt, der Beamtenschaft und darüber hinaus jedem Menschen mit Rechtsempfinden gewidmet. Sie zeigt die justizpolitische Entwicklungslinie von der Zeit des Müllers Arnold bis zur Justiz des „Dritten Reiches". Ein Kampf gegen Recht und Gesetz ist entbrannt; mit den gehässigsten Mitteln wird von Führern und Geführten die Durchführung der Verfahren erschwert, sogar durch Drohungen und Zwang zu falschen Aussagen. Die Nationalsozialisten und ihre Handlanger wünschen nur willenlose, in Roben gehüllte Vollstreckungswerkzeuge von SA.-Befehlen, Menschen ohne Rechtsempfinden. — Preis broschiert 1,50 Mk.

Beilage zum Proletarier

Nummer 14 — Hannover, 2. April 1932 — 41. Jahrgang

Chemische Industrie

Stillegung der Neuen Glanzstoffwerke in Breslau-Cavallen.

Die Betriebsleitung der Neuen Glanzstoffwerke hat bei der Regierung die Stillegung zum 8. April d. J. angezeigt. Durch die Stillegung werden rund 650 Arbeiter brotlos. Die Firma begründet ihren Antrag mit der Angabe, daß sie 160 000 Kilogramm Kunstseide auf Lager habe.

Die Kunstseideerzeugung ist in Deutschland von 20,50 Millionen Kilogramm im Jahre 1930 auf 24,97 Millionen Kilogramm im Jahre 1931 gestiegen. Fachleute halten diese Zahlen für zu niedrig. Der Verbrauch stieg von 26,50 Millionen Kilogramm im Jahre 1930 auf 28,20 Millionen Kilogramm im Jahre 1931. Der Verbrauch ist also erheblich größer als die Produktion. Es wird zwar aus Italien dauernd Kunstseide nach Deutschland eingeführt, aber Deutschland hat auch noch eine beachtliche Ausfuhr. Wenn trotzdem in einer Fabrik, wie in Cavallen, 160 000 Kilogramm unverkäuflich liegen, dürfte das auf unzweckmäßige Qualität zurückzuführen sein.

Die Kunstseideproduktion ist in Deutschland in der Nachkriegszeit von Jahr zu Jahr gestiegen. Es sind zwar auch einige neue Fabriken entstanden, in derselben Zeit sind aber auch mehrere alte stillgelegt worden. Die größere Produktion ist auf eine geringere Zahl von Fabriken zusammengedrängt und wird von weniger Arbeitern erledigt. Für diese höhere Leistung müssen sich die Arbeiter dann längere Arbeitslosigkeit gefallen lassen, die durch vorübergehende Stillegungen eintritt.

G. Haupt.

Explosion in der Gummiwarenfabrik Weiß & Baeßler, Großenhain.

Am 27. Februar 1932 wurde plötzlich die Erinnerung an das Brandunglück bei der Firma Weiß & Baeßler im Januar 1929 durch eine erneute Explosion wachgerufen. Damals brannte die Fabrik vollständig nieder, und die Arbeiterschaft war für ein Jahr ihres Verdienstes beraubt. Zwei Kollegen wurden damals so schwer verletzt, daß sie ihren Verletzungen erlagen. Diesmal konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Die stabile Neuanlage der Fabrik hinderte ein weiteres Umsichgreifen des Feuers. Nach zweistündiger Bekämpfung durch die Feuerwehr mit Hilfe einer Motorspritze konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Uns interessiert bei diesem erneuten Brandunglück die Entstehungsursache. Wie im Jahre 1929 entzündete sich auch jetzt ein Benzinboltich. Einem glücklichen Zufall war es zu danken, daß in diesem Augenblick niemand in dem fraglichen Raume war. Zweifellos wären auch diesmal etwa im Raume befindliche Personen der Explosion zum Opfer gefallen. Ungeklärt ist noch, wie sich dieser Benzinboltich entzünden konnte. Jedenfalls muß im Interesse der Arbeiterschaft alles getan werden, was geeignet erscheint, in Zukunft solch gefährliche Explosionen zu unterbinden.

Zr.

Das kommunistische „Signal zum Chemiestreik" in den Bitterfelder Werken.

Wird die Lehre daraus gezogen?

In Nr. 47 des „Klassenkampfs" vom 25. Februar wird über einen „Teilstreik in den Bitterfelder Werken" berichtet. Wozu wirtschaftliche Streiks von der KPD. gemacht werden, das verrät der „Klassenkampf" durch seine zweite Überschrift: „So wird für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann gekämpft!" Nach dem Bericht des „Klassenkampfs" war die gesamte Belegschaft der Bitterfelder Werke, die 80 Mann beträgt, bis auf sechs „Streikbrecher", die „von dem sozialfaschistischen Betriebsrat Sittner in den Betrieb hereingeholt wurden", in den Streik getreten.

Wie ging nun dieser Streik weiter, der „das Kampfsignal für die Chemiearbeiterschaft" sein sollte? Darüber berichtete der „Klassenkampf" einen Tag später, in Nr. 48 vom 26. Februar, wo mitgeteilt wird, daß der Chemiestreik abgebrochen sei. Es wird in diesem Bericht über die Direktion der Bitterfelder Werke geschimpft, die angeblich die Forderungen abgelehnt habe, weil gestreikt worden sei. Die Arbeiter seien mit Entlassung bedroht worden, wenn sie die Arbeit nicht wieder aufnähmen, worauf ein Teil der Streikenden durch Unterschrift sich zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen hätte und die Kampffront dadurch zerbröckelte.

Von einem Betriebsarbeiter der Bitterfelder Werke wird uns über den Sachverhalt nun folgendes geschrieben:

„Kein Wort war im Betrieb über Thälmann gefallen, und daß man „so" für ihn kämpft. Die Permagnatabteilung der Säurefabrik ist einer der schlechtesten Betriebe, schmutzig, staubig und voller Gestank. Die Arbeiter werden mit Staubzulage und Prämien, ebenso in ihrer Arbeitskleidung sehr kurz gehalten. Die scharfe Kalilauge zerfrißt das Zeug in wenigen Minuten, wenn ein Spritzer dasselbe berührt. Jahrelang geht das schon so, ohne daß Abhilfe geschaffen wurde. Der Betriebsleiter ist ebenso wie der auf Werk I knauserig; es kostet alles zuviel. Die Kollegen sagten es ihm wohl, aber sie unterließen es, an die richtige Tür zu klopfen. Endlich fand sich doch einmal eine beherzte Seele. Jetzt wurden Forderungen aufgestellt, Marke „RGO.", recht dick und recht laut. Die Kollegen ließen eine Liste zirkulieren, worin sich jeder einzeichnen mußte, um nicht als Feigling gebrandmarkt zu werden. Wohlgemerkt: die Forderungen waren durchaus berechtigt Und jeder hatte für den Erfolg gestanden. Aber die Führer hatten es anders gewollt. Vierzehn Tage lief nun die Geschichte, und immer noch war kein Resultat erzielt, vielleicht war auch gar nicht weiter verhandelt worden. Und siehe da, die „Griesheim-Laterne" brachte Leben in die Bude. Das war selbstverständlich für die Werksleitung ein gefundenes Fressen. Jetzt hatte sie, was sie brauchte: Die Forderungen als politische Mache zu betrachten und sie deshalb nicht ernst zu nehmen, zumal man auch mit Kampfmaßnahmen drohte. Wie mögen Dr. Walter und Dr. Curschmann gelacht haben!

Jetzt entschloß man sich, es biegen oder brechen zu lassen. Einige Kollegen hielten Kriegsrat und der Kampf wurde auf Donnerstag früh, 6 Uhr, angesetzt. Teilstreik wurde beschlossen. Aber es sollte gar kein Streik werden. Passiven Widerstand wollte man leisten, aber keinen Streik machen. Jedoch die RGO.-Drahtzieher, nicht etwa Hupka allein, hatten dafür gesorgt, daß die berechtigten Forderungen zunichte gemacht wurden, indem sie den Kampf zu einem politischen machten und für Thälmann kämpften. Aber das ist echt kommunistische Strategie gemäß ihrer Taktik: durch Verelendung zum Bolschewismus.

Kollegen in der Permagnat, ihr habt euch mißbrauchen lassen! Man hat euch an der Nase herumgeführt. Hätten eure Forderungen Erfolg gehabt, wäre es für die KPD. eine Niederlage gewesen. Für die RGO. und KPD. ist die Niederlage ein Erfolg. Sie wollen bewußt die Niederlage, nicht den Erfolg. Der „Klassenkampf" macht Hupka dafür verantwortlich. Nicht er ist es allein, weil er überhaupt unfähig ist, Arbeiterratsvorsitzender zu sein; nein, die ganze von Moskau ausgehaltene Gesellschaft ist daran schuld, sie will es so, weil sie die Niederlage braucht."

Diese Zuschrift im Zusammenhang mit dem zweiten Bericht des „Klassenkampfs" gibt den Außenstehenden erst ein klares Bild davon, was eigentlich in der Permagnatabteilung der Bitterfelder Werke gespielt wurde. Selbst nach dem Artikel im „Klassenkampf" war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Direktion doch einige Forderungen der Belegschaft bewilligt hätte. Da war ihr der Streik sehr willkommen, ein Streik, der noch dazu ein politisches Ansehen bekam, und die Direktion konnte nun diesen Streik als Grund für ihre Ablehnung benutzen.

Fürwahr eine glänzende Taktik der RGO.! „Ernste Lehren für die Streikkämpfe" schreibt der „Klassenkampf", und weiter: „Es gilt, aus den gemachten Fehlern die Lehren zu ziehen." — Wie oft haben RGO. und KPD. schon Fehler gemacht! Haben sie jemals schon die Lehren daraus gezogen? Immer wieder werden dieselben Fehler gemacht, und zwar, weil man gar keine Erfolge will, weil man Niederlagen braucht, um die Arbeiterschaft unzufrieden zu erhalten, um so seine Parteisuppe besser kochen zu können.

Wann werden die noch im Schlepptau der KPD. befindlichen Arbeiter endlich erkennen, daß sie von der KPD. dauernd mißbraucht werden?

Sittner.

Glanzstoffarbeiter, aufgepaßt!

Wie in Kelsterbach, so versucht die RGO. auch in den anderen Werken der Glanzstoff-AG. Boden zu gewinnen. Die Lehren aus der kurzen Tätigkeit der RGO. in Kelsterbach sind aber allen Kolleginnen und Kollegen in Kelsterbach noch in Erinnerung. Bei den Arbeiterratswahlen 1931 erhielt die RGO. die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Kollegen der freien Gewerkschaften machten darum keine Vorschläge für den ersten und zweiten Vorsitzenden sowie für den Schriftführer und überließen der RGO. den Vorstand. Nachdem die RGO. alle einflußreichen Posten im Arbeiterrat hatte, hätte man glauben müssen, jetzt wird das alles durchgeführt, was man von den Reformisten jahrelang erwartete; aber alle, die bei der Wahl ihre Stimme der RGO.-Liste gaben, wurden enttäuscht. Vor dem 1. Mai vertrieb man Flugblätter, die zum Massenstreik aufforderten, aber die Massen blieben aus, selbst die revolutionären Helden im Arbeiterrat leisteten dieser Parole keine Folge, der reformistische Arbeiterrat feierte aber. Jahrelang hetzte man gegen Scherer und Genossen, wenn Akkorde geändert wurden. Aber was machte der RGO.-Arbeiterrat, als am 27. April 1931 durch die Direktion die Akkorde um 10, 15 und zum Teil um 20 Prozent gesenkt wurden? Nach ihrer jahrelangen Propaganda hätte man glauben müssen, die RGO. hätte für diese Angelegenheiten die Patentlösung in der Tasche; man erlebte aber, daß sie überhaupt nichts unternahm. Als die Maulhelden ihre Unfähigkeit bewiesen hatten, kam es dann, wie es kommen mußte. Der erste und der zweite Vorsitzende legten ihr Amt als Arbeiterrat nieder, so daß nach vierwöchiger Tätigkeit der RGO.-Leute neue Arbeiterratswahlen stattfinden mußten.

In den neuen Arbeiterrat zog dann die RGO. mit drei Mann ein. Wie unfähig diese Herrschaften sind, beweist folgender Antrag: „Wir beantragen, für die Abteilung Taucherei eine 25prozentige Leistungszulage." Unterschrieben von den drei RGO.-Leuten. Der Antrag wurde vom gesamten Arbeiterrat angenommen, die RGO.-Vertreter bekamen aber auch Gelegenheit, ihre Forderung bei der Direktion zu vertreten. Der Vorsitzende Scherer las den schriftlich gestellten Antrag vor, worauf Dr. Brauer sich an Draisbach, den Wortführer der RGO., wandte und fragte, ob er glaube, daß er die 25 Prozent bekommen würde. Draisbach antwortete: „Ja!". Dr. Brauer brach darauf die Verhandlungen ab, denn auf seinem Schreibtisch lag eine Nummer der Arbeiterzeitung (KPD.), die die wahre Meinung der RGO. enthielt.

Als nach der Verhandlung Scherer den Draisbach fragte: „Hast du denn tatsächlich geglaubt, du würdest 25 Prozent bekommen?" erwiderte dieser kleinlaut: „Auf 5 Prozent hatte ich bestimmt gerechnet." Scherer entgegnete: „Wenn wir 5 Prozent bekommen hätten und wir hätten sie angenommen, dann hättet ihr gesagt, die RGO. wollte 25 Prozent, die Reformisten waren aber mit 5 Prozent zufrieden." Das ist die Taktik der RGO., etwas Unmögliches zu fordern, denn sie weiß ganz genau, wenn sie so arbeitet, geht es der Masse nicht besser. Besser darf es der Masse aber auch nicht gehen, sonst wird der Parteitopf leer.

Wie es in einem Glanzstoffwerk aussieht, in dem die RGO. die Mehrheit im Arbeiterrat hat, beweist folgender Bericht aus ihrem Organ „Der Fabrikarbeiter", Jahrgang 3, Nr. 2:

Und immer wieder Gifthölle Glanzstoff-Fabrik. Arbeiter werden um ihr Augenlicht gebracht. Hetzarbeit und nachher stundenlang Dreckkratzerei.

In der Spinnerei des Glanzstoffwerkes Sydowsaue-Stettin sind fast alle Kollegen augenkrank. Dieses ist zurückzuführen auf die schlechte Lüftung. Als am 30. Dezember, mittags 2.30 Uhr, Schichtwechsel war, standen von der A-Schicht zehn augenkranke Kollegen auf dem Gang. Zwei Kollegen waren darunter, die absolut nichts mehr sehen konnten und sofort nach oben geschickt wurden. Da sie nicht die Hand vor Augen sehen konnten, liefen sie zu weit nach rechts, wobei einer gegen einen Eisenständer rannte. Zum Glück kam gerade im letzten Moment ein anderer Kollege, der sie dann auf den rechten Weg brachte. Wenn der Kollege nun über den Ständer gefallen wäre, hätte er sich leicht den Kopf zerschlagen können. Dieser Vorgang geschah unter den Augen der beiden Schichtmeister und Schichtführer, die sich noch darüber lustig machten.

Kollegen, sorgt dafür, daß in der Spinnerei eine bessere Lüftung angebracht wird, damit nicht alle Kollegen noch das Augenlicht verlieren!

Ein anderes Kapitel ist das Reinemachen in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Dann geht die Dreckkratzerei los. In zwei Stunden müssen alle Maschinen stehen. Dieses ist natürlich unmöglich. Dann müssen ungefähr 30 bis 40 Kästen gewechselt werden. Diese Arbeit wurde früher während der Arbeitszeit gemacht. Unter den Maschinen liegt hoher Dreck, wie Öl, Schleuderbad, Sägespan usw., so daß schon manch einer ausgerutscht ist. Pantoffeln und Socken werden von der Firma nicht geliefert.

Da man ohne Schutzbrille bei dieser Arbeit sehr schlecht auskommen kann und uns die Firma keine liefert, sind wir gezwungen, uns für vier Mark selbst eine zu kaufen.

Man kann sich vorstellen, daß am Schluß jeder großen Reinigungsaktion die Arbeiter wie die Neger aussehen. Und dann meinen die Meister noch, es müsse so sauber sein, wie „auf dem Deck der ‚Bremen'".

Kollegen und Kolleginnen, so sieht es in einem Betrieb aus, in dem die RGO. die Mehrheit im Arbeiterrat hat! Wenn man aber in anderen Werken, in denen sie keine Mehrheit hat, ihre Schmutz- und Verleumdungsschriften liest, dann müßte man glauben, wenn sie in der Betriebsvertretung eine Mehrheit hätten, würden sie für die Belegschaft ein Schlaraffenland schaffen. Kollegen, stärkt eure freigewerkschaftlichen Betriebsräte und sorgt in euren Betrieben für eine starke freigewerkschaftliche Organisation. Jeder Kollege und jede Kollegin in der Kunstseideindustrie muß sich als Funktionär des Fabrikarbeiterverbandes betätigen. Mit Phrasen sind noch keine Verbesserungen in den Betrieben erreicht worden, sondern nur durch zähe Kleinarbeit, wie sie der Fabrikarbeiter-Verband seit Jahren erfolgreich für die Arbeiterschaft der Kunstseideindustrie leistet.

W. Scherer (Kelsterbach).

Verschiedene Industrien

Die Heimindustrie 1931 im Verbandsgebiet.

Die Heimarbeitsgruppen in unserem Verbandsgebiet hatten im Jahre 1931 mit wenigen Ausnahmen an starkem Arbeitsmangel zu leiden. Die aus den Heimarbeitsgebieten seit jeher bekannte Not wuchs unter den Zeiten der Arbeitslosigkeit weiter an. Sie wurde erhöht durch die Auswirkung der Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt vom 18. Oktober 1930 über die Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter. Durch diese Verordnung wurden insbesondere in der Spielwaren- und Christbaumschmuckindustrie mehr als die Hälfte der Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden betroffen, die Anspruch auf Unterstützung nicht mehr hatten. Das führte zur Verzweiflungsstimmung und zur politischen Radikalisierung.

Die Heimarbeit ist in das Verlagssystem oder in die Verlagsproduktion eingebaut. Das ist eine gewerbliche Betriebsform, bei der die Arbeiter mit oder ohne Hilfskräfte in ihren Wohnungen oder sonstigen Räumen mit der Herstellung von Waren beschäftigt sind im Auftrage des Verlags. Der Verlag muß Hausgewerbetreibenden, Hausarbeitern und Heimarbeitern die gesetzlichen Arbeitgeberanteile für Krankenversicherung usw. bezahlen. Die Hausgewerbetreibenden und Hausarbeiter bekommen z. T. die Rohstoffe zu ihrer Tätigkeit geliefert, z. T. müssen sie selbst beschafft werden. Die Heimarbeiter bekommen die Rohstoffe zur Bearbeitung immer dazu. Hausgewerbetreibende, Hausarbeiter sowie Heimarbeiter sind verlagsgebundene Arbeiter. Sie stehen nicht mit dem Markte oder den Konsumenten in Verbindung und können deshalb weder rechtlich noch wirtschaftlich als selbständig betrachtet werden. Die einengende Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt vom 18. Oktober 1930 ist deshalb keineswegs gerechtfertigt.

Die Heimarbeit in der Spielwarenindustrie in allen ihren Gruppen war 1931 wenig beschäftigt. Eine Ausnahme machten die Gruppen, die Stofftiere und Stoffpuppen herstellten. Da war mitunter Hochkonjunktur zu verzeichnen. Auch im Attrappenfach war vorübergehend gute Beschäftigung. In der Masken-, Karneval- und Festartikelindustrie vergrößerte sich die Arbeitslosigkeit 1931 merklich gegenüber 1930.

Die Heimarbeit in der Kunstblumenindustrie hat sich gegenüber 1930 im allgemeinen weiter gesenkt. Nur vorübergehend war rege Beschäftigung zu verzeichnen. Das trifft insbesondere zu auf die Papierblumenbranche. In der Hutblumenbranche ist in einzelnen Bezirken die Heimarbeiterinnenzahl gegenüber dem Verhältnis der beschäftigten Betriebsarbeiterinnen gestiegen. Betriebsarbeiterinnen, die entlassen werden, wandern in die Heimarbeit ab, arbeiten zu Heimarbeiterlöhnen und drücken somit auf die Betriebslöhne. Die Lebensweise der Heimarbeiterinnen in der Kunstblumenindustrie ist sehr tief gesunken. Berichte aus Ostsachsen und dem Erzgebirge weisen darauf hin, daß Fleisch von den Heimarbeiterinnen nur ganz selten gekauft werden kann. Die Hauptnahrung bestehe in Kartoffeln, Leinöl, Brot und Margarine. An sonstige Anschaffungen sei nicht zu denken.

Über die Heimarbeit der Borstenzurichtereien wird berichtet, daß wegen der niedrigen Löhne Kinder und sonstige Familienangehörige zur Heimarbeit herangezogen werden. Die wirtschaftliche Lage hat sich seit 1930 gewaltig geändert. Die Borstenindustrie ist zum größten Teil auf Export angewiesen. Der englische Pfundsturz und die japanische und chinesische Konkurrenz haben sich in den letzten Jahren fühlbar ausgewirkt. Im Vergleich zu früheren Jahren wird nur noch die Hälfte der Heimarbeiterinnen beschäftigt, und diese arbeiten verkürzt. Auch in der Gummiindustrie in Köln ist die Zahl der beschäftigten Heimarbeiterinnen im Jahre 1931 auf ein Drittel des Vorjahres zurückgegangen.

Ausschließlich in der Heimarbeit wird Christbaumschmuck aus Glas hergestellt. Die Beschäftigung in dieser Hausarbeitsgruppe war 1931 schlechter als 1930 und in den vorhergehenden Jahren. Diese schlechte Beschäftigung war nicht allgemein. Einige der Christbaumschmuckmacher, insbesondere diejenigen, die sich willkürlichen Lohndruck gefallen ließen, hatten mehr zu tun als in normalen Zeiten. Durch diesen Umstand wurde aber die Arbeitslosigkeit der übrigen Christbaumschmuckmacher verbreitert und erhöht.

Die Ausfuhr von Christbaumschmuck zeigt seit 1929 nachstehende Entwickelung:

Jahr	Ausfuhr in dz	Ausfuhr in 1000 RM.	Ausfuhr Durchschnittswert je dz i. RM.
1929	20 925	6544	312,73
1930	20 395	6298	308,80
1931	16 020	4664	291,13

In normalen Zeiten betrug die Ausfuhr von Christbaumschmuck rund 50 Prozent der Produktion. Im Jahre 1931 ist der Konsum auf dem Binnenmarkt weiter zurückgegangen, so daß schätzungsweise nur für 7 bis 8 Millionen Mark Christbaumschmuck hergestellt wurde im Gegensatz zu rund 12 Millionen Mark in normalen Zeiten.

In der Glasaugenindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich wie in der Christbaumschmuckindustrie. In der Thermometer- und Glasinstrumentenindustrie und auch in der Ampullenindustrie hat sich 1931 die Erwerbslosigkeit ebenfalls verschärft. Sie wurde vergrößert durch Stillegung einer Reihe von Glashütten in Thüringen und Entlassung einer Reihe von Betriebsarbeitern aus der Glasinstrumentenindustrie. Die entlassenen Betriebsarbeiter wurden z. T. ebenfalls in der Heimarbeit tätig. Das Angebot von Arbeitskräften erhöhte sich dadurch ganz beträchtlich und hatte einen fühlbaren Lohndruck durch die Verleger und Arbeitgeber zur Folge. Weiter stellten die Verleger bessere Ampullenmaschinen auf, welche das Acht- bis Zehnfache mehr als ein Heimarbeiter zu leisten vermögen. Gegenüber den letzten Jahren ist in der Heimarbeit der Porzellanindustrie eine Zusammenschrumpfung der Zahl der Arbeitskräfte festzustellen.

H. Elflein.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

Roman von Fritz Molinar

13. Fortsetzung.

Es war nach sechs Uhr abends, als Peter die Fabrik verlassen konnte. Aller Weihnachtszauber, der die Menschen in diesen Tagen umgibt, war von ihm gewichen. Er kam aus einer unerbittlichen Wirklichkeit, die nichts übrig läßt für einen armen Fabriker als Farbstaub, Demütigungen und kärglichen Lohn. Finster, mit bitterem Zorn saß Peter dann im Zug. Und es war, als hätte sich diese ganze verfluchte Welt mit ihrem überfirnißten Feiertagsplunder gegen ihn, gegen alle, die mit ihm das gleiche Los teilten, verschworen. An jeder Station gab es Aufenthalt, fuhren Schnellzüge vor, damit die Nichtstuer, die Nutznießer dieser kapitalistischen Weltordnung zu ihren überfüllten Bescherungstischen kommen konnten.

Peter war so erschüttert, daß er wortlos und wie stumpfsinnig vor sich hinstarrte. Nur ab und zu preßte er die heiße Stirn gegen die kaltglitzernden Fensterscheiben. Wie wohl das tat! Doch brannte da nicht schon in der Wohnung eines Stationsgebäudes ein Lichterbaum? Er mußte sich abwenden, dachte an seine Frau, an seinen Buben. Siedeheiß stieg es in ihm auf. Und obgleich er würgte und schluckte, es stahl sich doch ein dicker Tropfen aus seinen Augen. Er würde ihm sein ganzes Leben auf der Wange brennen. Jetzt klangen auch noch Glocken durch die Nacht. Hell und klar schlugen die Töne an Peters Ohr. Er mußte sich Gewalt antun, daß er nicht grell auflachte. Friede! Nein, das war kein Friede, es ist keiner und wird keiner sein. Solange die einzelnen, eine ganze Klasse, die Millionen in den Fabriken, Werkstätten und Büros nicht erlöst und befreit wurden, wird diese friedlose Welt die Sklavenfesseln von den Bedrängten, von den Unterdrückten genommen sein werden, dann wird Weihnacht, erst dann wird Frieden für die Menschheit werden. Aber wann, wann wird das sein?

Wenn . . . ., wenn alle Menschen guten Willens dazu sind, fuhr es ihm wie eine Erleuchtung durch den Kopf.
den Menschen keinen rechten Frieden geben können. Erst wenn

Frau Goßler richtete schon am Nachmittag mit liebender Sorgfalt alles für die Bescherung her. Den ganzen Tag über gönnte sie sich keine Minute Ruhe. Es sollte alles geschafft sein, bis ihr Mann käme. Dann wollten sie wieder einige Stunden traulichen, bescheidenen Familienglückes erleben. Wie sie sich freute! Ihre Arbeit verrichtete sie mit einem stillen beglückten Lächeln. In ihren Augen war wieder jenes seltsame Leuchten, das von allen Müttern ausgeht, wenn neue Hoffnung in ihnen zu neuem Leben wird.

Arme Leute halten ja soviel Sonne im Herzen verborgen, soviel verdrängte Freude, die, wenn sie einmal durch das Gitter der täglichen Sorge, der Mühe und der Arbeit hindurchsehen mit einem Glücksschimmer ihre Umgebung verklären. Arme Leute können deshalb mit soviel Wärme und wohltuender Bescheidenheit geben und schenken. Vielleicht, weil auch das kleinste Geschenk erarbeitet, erkämpft und gar oft erhungert und in jedem solcher Geschenke ein Stück der eigenen Persönlichkeit des Gebers enthalten ist.

Es begann schon zu dämmern. Jetzt endlich konnte sich Frau Lene einen Moment Ruhe gönnen. Sie übersah noch einmal alles; auf dem Gabentische vor dem Lichterbaum lag die wollene Unterjacke, die sie ihrem Manne eigens für die Eisenbahnfahrt gestrickt hatte. Sie verband bei ihren Geschenken gleich das Erfreuende mit dem Nützlichen. Dann holte sie geschwind den Bub, der nachmittags bei den Großeltern war, dann richtete sie rasch das Abendbrot. Sie blickte auf die Uhr. „Oh, hurtig!" dachte sie. „Es ist gleich sechs Uhr, da muß er gleich kommen!"

Es wurde jedoch sechs Uhr und darüber. Ihr Mann kam nicht.

„Er wird nicht so pünktlich kommen können, an den Festtagen haben die Züge oft Verspätung", tröstete sie sich.

Aber es wurde acht Uhr. Bei den Nachbarn flammten schon überall die Kerzen der Weihnachtsbäume auf. Frau Goßler wartete noch immer auf ihren Mann. Sie wurde unruhig. Der Bub hatte sie schon ein paarmal gefragt, ob das Christkind nicht zu ihnen kommen würde, wollte wissen, warum nicht? Er blickte mit glänzenden Augen ungeduldig durchs Fenster zur strahlenden Stube des Nachbarn. Seine Freude war erloschen, weil nach seiner Meinung das Christkind nicht zu ihm käme. Mit besorgter Miene führte sie den Kleinen dann zum Gabentisch und zündete das Bäumchen an. Ein bitteres Schluchzen erschütterte ihren Körper, sie hatte sich die Bescherung so schön vorgestellt, den ganzen Tag in diesem Zauber ihre Arbeit verrichtet. Und jetzt . . . ., scheu und ängstlich blickte sie nach der Uhr, die tickte Minute um Minute, eben schlug sie die neunte Stunde.

Frau Goßler fuhr erschreckt auf. Die Schläge kamen ihr so heiser, so mißtönend vor. Peter war immer noch nicht zu Hause, obwohl er doch versprochen hatte, schon um sechs . . ., und die Uhr schlug so fremd, sollte vielleicht ein Unglück . . . .? Sie wagte diesen Gedanken nicht auszudenken. Sorge, Furcht, Angst kroch in ihr auf. Eine unerklärliche Aufregung bedrückte sie. Von den Wänden, den Fenstern, den Türen schien etwas Drohendes an sie heranzuschleichen. Jede Minute horchte sie auf, bei jedem Geräusch glaubte sie, es käme etwas Fremdes, Schreckliches zur Tür herein.

Doch jetzt . . . ., waren das nicht Schritte? Gespannt horchte sie auf, ihr Herz schien stillzustehen, mit ihr zu horchen —. Nichts regte sich mehr, nichts! Nur diese drückende, unruhige Stille in der Stube.

Der kleine Rudolf hatte sich erst am brennenden Bäumchen ergötzt, seine Blechtrompete probiert, sie aber bald mißmutig weggelegt. „Mutti, warum kommt denn der Papa nicht?" fragte er mehr traurig als neugierig.

Die Frage des Kindes schreckte Frau Lene auf. Mit zitternden Händen verlöschte sie die Kerzen, brachte ihr Kind zu Bett. Das trübe Licht der Petroleumlampe brachte sie vollends aus der Fassung.

Neun Uhr dreißig. Mit verkrampften Händen starrte sie ins Leere. Wieder schnarrte die Uhr ihre Stundenschläge hernieder. Es war ihr, als poche da ein gewaltiger Hammer mit wuchtigen Schicksalsschlägen an ihr Ohr. Es wurde 10.30 Uhr.

„Das ist nichts anderes, da ist etwas passiert", diese Gedanken brachten sie in helle Verzweiflung. Wie sie sich fürchtete! Sie traute sich nicht die paar Schritte durch die Nacht zu den Nachbarn, saß regungslos, voll Furcht, Ahnung und leiser Hoffnung im Zimmer, rang die Hände, sandte Stoßgebete zum Himmel, horchte, schluchzte und rang die Hände. Es war ihr, als käme das Unglück näher mit jeder Sekunde, immer näher, das Feuer im Ofen war erloschen . . . ., sie wollte aufstehen. Allmächtiger Gott! Da stapften eilige Schritte über den Hof, die Haustüre . . . ., o jetzt . . ., jetzt, Frau Lene sank ohnmächtig in ihrem Stuhl zurück.

Peter hatte mit fliegender Hast den Heimweg zurückgelegt, sein Atem f[illegible] er stieß mit einem Tritt die Türe auf, seine Augen weiteten sich . . . . „Lene, mein Weib, mein Weib!" Mit diesen Worten stürzte er auf die Ohnmächtige zu, strich ihr über die Augen, das Haar, rieb ihr die Wangen . . . ., da schlug sie erschreckt die Augen auf, starrte ihn wie einen Fremdling an, dann reckte sie sich auf und fiel ihm weinend an die Brust.

„Peter, o du bist es, du bist da, du bist da!" Mit diesen Worten griff sie nach seiner Hand, blickte ihm ins Gesicht. „O Mann, warum hast du mich so erschreckt?" Sie lächelte wieder beglückt nach einem tiefen Atemzug.

Um Peters Mundwinkel zuckte es. „Still, still! Heute nicht davon reden! Es ist spät, ja, aber komm, man kann auch spät noch glücklich sein!" erwiderte er zärtlich. Dann packte er seine Geschenke aus. Peter verstieß sogar gegen die Hausordnung und weckte den Buben noch einmal. Die Petroleumlampe schien wieder heller zu brennen, die Uhr tickte feierlich die Mitternachtsstunde. In Peters Heim war wieder Friede und Glück, nachdem einer, der nicht guten Willens war, im Interesse der Fabrik einer Arbeiterfamilie am Heiligabend so bittere Stunden beschert hatte. Anderen Tages erst sagte er seiner Frau, warum er so spät heimkam. Er fluchte nicht, räsonierte nicht auf Scherking. In seinen Augen glomm nur eine eigentümliche, sonderbare Erregung.

„Das geht so nicht, Frau; wir müssen sehen, daß wir jeden Tag zusammen sind", schloß er seinen Bericht.

„Wie meinst du das, Peter? Ich verstehe nicht. Wie können wir jeden Tag zusammen sein?" erwiderte sie.

„Du ängstliches Mütterchen!" neckte er. „Ich muß eben sehen, daß ich eine Werkswohnung bekomme; dann bin ich immer bei euch. Was meinst du dazu?"

„Wenn du glaubst, wir kämen durch in der Stadt. Das wäre freilich herrlich, wenn wir dich jeden Tag bei uns hätten", pflichtete sie ihm bei.

Peter war nach den Feiertagen fest entschlossen, wie so viele, in die Stadt zu ziehen. „Wo man arbeitet, muß man auch wohnen", sagte er zu Stephan, dem er seinen Entschluß mitteilte. Dieser stimmte ihm voll und ganz zu.

Die fortgesetzte Vergrößerung der Fabrik erforderte dauernd Neueinstellungen von Arbeitern. Die Belegschaft hatte längst das Tausend überschritten. Die Fabrik glich einem Ameisenhaufen, in dem scheinbar alles durcheinanderkrabbelt, hin und her, kommt und geht, und in dem doch jedes Tierchen auf seinem Posten steht. Zu jedem Schichtbeginn strömten die Arbeiterscharen durchs Fabriktor, und besonders in den Pausen trommelten die Holzschuhe geschäftig über das Pflaster, wie das Hufgeklapper einer Sektion scheugewordener Droschkengäule.

Der komplizierte Prozeß in der Herstellung der verschiedenen Farben machte die durchgehende Arbeitsschicht notwendig. Die chemischen Abteilungen standen Tag und Nacht im Betriebe; einige wurden nicht einmal an den höchsten Feiertagen stillgelegt. Außer der normalen Tagesschicht, die ja außer den Überstunden regelmäßig zehn Stunden betrug, arbeiteten die Schichtarbeiter abwechselnd eine Woche zwölf Stunden bei Tag und die anderen nachts. In den durchgehenden Betrieben wurde auch an Sonn- und Feiertagen eine Anzahl Arbeiter beschäftigt. Notwendige größere Reparaturen wurden ebenfalls Sonntags durchgeführt. Heizer und Maschinisten mußten zu jeder Tages- und Nachtzeit gewärtig sein, gerufen zu werden.

Die Fabrikleitung hielt es daher für erforderlich, einen Teil ihrer Arbeiter, die auswärts wohnten, näher an die Produktionsstätte heranzuziehen. Schon seit einigen Jahren hatte sie angefangen, rund um die Fabrik Gelände aufzukaufen, worauf sie dann Wohnungen für Arbeiter und Beamte baute. Das Ziel, das sie damit verfolgte, brachte einen doppelten Gewinn. Einmal waren diese Arbeiter ständig verfügbar; sie brauchten nur gerufen zu werden, konnten mehr Überstunden machen und kamen frischer zur Arbeit als ihre Kollegen, die jeden Tag eine ermüdende Eisenbahnfahrt in den überfüllten Vierte-Klasse-Käfigen zurücklegen mußten. Über letzteres machte man sich damals ja wenig Kopfzerbrechen. Zweitens band sie dadurch ihre Arbeiter nur um so fester an sich. Einer, der eine Werkswohnung bewohnte, hatte sich mit seiner Familie ganz und gar der Fabrik verschrieben. Bei jeder Gelegenheit mußte er nicht nur seiner Entlassung, sondern auch der Räumung der Werkswohnung gewärtig sein.

Die Arbeiter waren mit ihren Angehörigen, ihrem Hausrat, ihrem lebenden und toten Inventar von der Fabrik vollständig abhängig, standen unter ihrer Kontrolle, denn auch die Werkswohnungen erhielten eine von der Fabrik festgesetzte Haus- und Straßenordnung.

Während für die Arbeiter fast jeder Eigentumsbegriff aufgehoben war — es gehörte ihnen ja nichts als ihre Arbeitskraft, die sie täglich gegen Lohn an die Fabrik verkauften, und einige Möbelstücke, während sie also so gut wie besitzlos geworden waren —, wurden sie selbst zum Eigentum der Fabrik, die sie vollständig in Besitz nahm. Die Fabrik war nicht nur Besitzer von Produktionsmitteln, Rohstoffen und Farben, sondern war auch Besitzer von Tieren und Menschen. Stärker und krasser war die Zusammenballung des Kapitals in wenigen Händen nicht mehr denkbar. Auf der einen Seite die fast restlose Enteignung der Arbeiter; sie waren nicht bloß materiell eigentumslos geworden, sondern man hatte sie auch ihrer Persönlichkeit enteignet und ganz von ihrer Kraft, ihrem Willen, ihren Menschheitswerten Besitz genommen. Man hatte den Organismus Mensch gekauft und verwandelte seine Arbeitskraft mit Hilfe mechanischer und chemischer Kräfte in anorganische Produkte und Farben.

Auf der anderen Seite stand der Eigentumsbegriff, das Besitztum in Reinkultur. Es war eine Scheidung zwischen Mensch und Mensch eingetreten; zwei Klassen hatten sich gebildet. Die eine war zur Ware, zum Objekt der Fabrikleitung geworden, die in den Händen der anderen lag.

Die Arbeiterhäuschen waren von sehr bescheidener Natur, einfach und für größere Familien viel zu klein. Mehr als drei kleine Zimmer faßte keine Arbeiterwohnung. Die Wände waren dünn, man fror im Winter tüchtig. Auf bequeme, gesundheitsfördernde Wohnlichkeit wurde wenig Gewicht gelegt. Dafür war allerdings die Miete gering im Verhältnis zu den ortsüblichen Mietpreisen. Diese billigen Werkswohnungen sollten eine der sozialen Einrichtungen darstellen, die in letzter Zeit von der Fabrik getroffen wurden. Im Gegensatz zu den mehr als bescheidenen Arbeiterwohnungen standen die geräumigen, villenartig gebauten Wohnhäuser der leitenden Beamten. Mit ihren großen Ziergärten, in denen Zypressen, Ziertannen, starke Fliederbüsche, Obstbäume neben Blumen- und Gemüsebeeten den Eindruck des Reichtums hervorriefen, standen diese Herrschaftshäuser da und sahen hochmütig auf ihre kleinen, ärmlichen Nachbarn, als wollten sie sagen: nur wir haben Anspruch auf Achtung, ihr seid nur geduldet, seit klein, arm und gering, wie eure Bewohner. Was seid ihr? Betrachtet uns, wir sind stark, massiv, überragen euch alle, sind reich wie unsere Wohnherren. Die Häuser der Werkbeamten waren durch eine breite Straße von den Arbeiterwohnungen getrennt. Das ließ den Unterschied noch krasser zutage treten. Diese Straße war der Trennungsstrich, den die kapitalistische Gesellschaftsordnung zwischen den Menschen gezogen hatte, wodurch sie, die in derselben Fabrik, demselben Raum, denselben Werkstätten standen, trotzdem wirtschaftlich, kulturell und ideell weit von einander getrennt wurden. Man hätte diese Straßen sehr gut „Straßen zwischen den Klassen" nennen können.

Peter Goßler hatte immerhin noch eine Zeitlang warten müssen, bis er eine Werkswohnung erhielt. Doch der Tag kam. Seine Frau war sehr froh, daß sie ihren Mann nicht mehr in die Fremde ziehen lassen mußte. Anfangs fühlte sie sich ja sehr fremd, und sie mußte auch sehr rechnen, jeden Pfennig unnötige Ausgaben vermeiden, wenn sie schlecht und recht durchkommen wollte.

Auch Peter bekam die Ordnung und das regelmäßige Essen körperlich recht gut. Trotzdem machte er sich ernste Gedanken. Er dachte zurück an den Tag, an welchem er mit dem alten Schorsch zum erstenmal in die Fabrik kam, wie er und sein Freund Stephan die Arbeit im Fäßraum begannen. Nicht einmal vier Wochen wollten sie dortbleiben. Und jetzt hatte er sein und seiner Familie Schicksal ganz an die Fabrik geheftet. Er war einer der Besitzlosen in der besitzlosen Masse geworden, die, von allen enteignet und rechtlos gemacht, noch ihre Arbeitskraft besaßen, und die mußten sie verkaufen, um leben zu können.

(Fortsetzung folgt.)

Von Wespen, Bienen, Drohnen und Arbeit.

Von Troll.

Du sitzt in deinem Zimmer, trinkst deinen Morgenkaffee und ißt ein Honigbrot.

Draußen ist heller, sonniger Frühlingstag.

Du hast, um die reine Luft dieses Tages goldener Sonnigkeit zu genießen, die Balkontür geöffnet.

Und schon summt es um dein Honigbrot.

Wespen!

*

Wie die so schnell den Duft des Honigs verspüren!

Wie sie sofort wissen, daß hier auf meinem Tisch eine so reiche Futterkrippe steht!

Mit einem Male den Rüssel in den Honig stecken, haben die Geflügelten mehr Süßigkeit, als wenn sie wie die fleißigen Bienen hundert Blüten absuchen.

Die emsigen Bienen kommen nicht zu mir an den Tisch. Die fliegen schon seit Sonnenaufgang über die Wiesen, die sich lang und breit vor meinem Fenster ausbreiten. Holen den begehrten Honig aus den tausend, hunderttausend Blüten; tragen ihn in ihren Korb, bis die Sonne untergeht. Ohne Unterlaß!

Die Wespen aber, die setzen sich mitten auf dein Honigbrot. Und wehrst du den Dieben, riskierst du, daß sie dich empfindlich stechen!

Wie Diebe, die beim Einbruch überrascht werden.

Symbolik?! Parallelen?!

Honig setze gleich Futterkrippe!

Bienen gleich Arbeiter, Angestellte, kleine, sogenannte „untere" Beamte, Landwirte mit wenig Land und viel Kindern, für die sie alle von früh bis spätabends sich abrackern. Viel Arbeit und wenig Lohn!

Wespen gleich Industrielle, Großagrarier, Könige, Prinzen, Generale, hohe Beamte. In und außer Dienst. Sie sitzen mitten auf dem Brot, dicht mit Honig beschmiert.

Viel „Lohn" und wenig Arbeit!

Und wenn sie gar nichts mehr tun, die menschlichen Wespen und Drohnen, heißen sie alle Pensionäre! Und sie bekommen dann den Honig ins Haus gebracht, trotzdem sie keinen Federstrich mehr tun.

Die doppelte, dreifache . . . vielfache Portion dessen, was die Bienen sich mühsam auf der großen bunten Wiese des Lebens von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang erkämpfen müssen.

„Gottgewollte Ordnung", sagen die Wespen und Drohnen.

Und die meisten Bienen nicken dazu.

Und schuften weiter, damit die Wespen und Drohnen ruhig weiter den geläuterten, geschleuderten Honig rein und ohne Mühe in reichem Maße genießen können.

Aber . . . es gibt schon einige kluge Bienen, die nicht zustimmend nicken, wenn von der „gottgewollten Ordnung" die Rede ist. Diese Klugen sagen:

„Das muß anders werden! Wir wollen nicht immer schuften, damit die Drohnen satt zu essen haben!"

Nicht Arbeiter und Nutznießer! Arbeit ist Arbeit und muß entsprechend belohnt werden!

*

Im Frühjahr war dann die große Schlacht im Bienenkorb.

Die fleißigen Arbeiter organisierten sich, packten die nichtstuenden Profiteure, die Drohnen, am Kopf und an den Beinen und warfen sie aus dem Bienenkorb hinaus.

Wann werden die Menschen, die Arbeiter, Angestellten, die kleinen Beamten, die Landwirte mit wenig Land und viel Kindern von den Bienen lernen?

Symbolik? Ja! Parallele? Ja!

Eine Fabel? Ja!

Aber eine Fabel, die Wahrheit ist!

Und die wert ist, befolgt zu werden, weil sie für das Recht, die Gerechtigkeit eintritt!

Wenn ein Hutmacherknecht Streit hat.

In der 1706 erschienenen „Chronik der freien Reichsstadt Frankfurt a. M." befindet sich folgende Schilderung: „Wann ein Hutmacherknecht gegen den anderen seines Zeichens Streit hat, es sey Zank, Streit, Schmähen-, Schimpf- oder Scheltworte, so überfällt einer den anderen nicht gleich, sondern er schickt zwei Hutmacherknechte an ihn, wo er arbeitet, und läßt ihm andeuten, er würde wissen, was er mit ihm vorgehabt oder zu tun hätte, er erwarte seiner auf der Herberge, und wann er ein brafer Kerl wäre, so solle er zu ihm kommen; widrigenfalls er es nicht tut, arbeitet kein Geselle länger als 14 Tage neben ihm, sondern stehet aus. Wann er aber auf die Herberge kommt, so hält einer dem andern das seine vor, und sie fordern einander auf drei Gänge Hutmacherknechtsmanier; daß sich keiner unterstehe in Schlagen ein Messer zu zucken, einen heimlichen Griff noch Biß tue, sondern sich zu wehren, wie es einem brafen Hutmacherknecht zusteht. Darauf ziehen sie sich aus, streichen die Ermel am Hemdt hinter sich, flechten die Haare unter einen Stockriemen, die vier Alt-Gesellen nehmen vier ausgemalte Stecken, welche man Schreibhölzer tituliert, und stellen sich zwei oben und zwei unten in die Stub, schlagen die gemalten Schreibhölzer kreuzweis vor, daß keiner zum anderen kann, bis sie die Schreibhölzer öffnen. Vor Aufhebung der Schreibhölzer reden die Alt-Gesellen sie nochmal an, ob sie sich nicht in Güte vertragen wollen; wenn sie es verneinen, lassen sie solche zusammen, da klopfen sie sich braf herum. Sobald sie zur Erde fallen, springen die vier Alt-Gesellen herbei mit ihren Schreibhölzern; da darf keiner einen Schlag mehr tun. Wenn sie aufgestanden, so muß der, der oben gestanden, unten stehen; darauf läßt man ihnen Zeit zum Verödmen (Verschnaufen), dann tun sie den zweiten Gang und darauf den dritten. Wenn alle drei Gänge vorbei sind, geben sie einander die Hände und fragen, ob einer den anderen anjetzo vor einen brafen und ehrlichen Kerl hielte. Wenn sie es bejahen, trinkt einer dem andern zu, darauf seynd sie wieder gute Freunde, obschon zum öfteren der eine steht und ihm das Blut aus der Nasen und Maul läuft und das Hemdt auf dem Leib zerrissen. Wenn die Gesellen ein Gebott (Versammlung) halten, so müssen die, so sich geschlagen, vor der offenen Lade erscheinen und jeder einen halben Thaler Straff geben; wann er aber um Gnade bittet, wird ihm ein Ortsthaler wiedergegeben."

Humoristische Ecke.

Gutes Deutsch.

An der Schaufensterscheibe eines Berliner Schuhmachers findet sich folgende Ankündigung: Herren-Sohlen 4,50 Mk., Damen-Sohlen 3,50 Mk., Kinder je nach Größe auf Wunsch in einer Stunde.

*

Der Tüchtige.

Im Elternabend der 333. Volksschule zu Limmritz hält der Lehrer Weinurm einen Vortrag über die sexuelle Aufklärung. Ein Elternratsmitglied protokollierte und schrieb so: „Herr W. gab Proben seines sexuellen Könnens."